

# Holzarbeiter-Zeitung.

## Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.  
Post-Nr.: 3705.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: **A. Rüste**, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: **S. Stubbe**, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate  
für die viergespaltene Petizelle ober deren Raum 40 J.  
Bergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 J.  
Verjammlungsanzeigen 10 J. Beilagen nach Uebereinkunft.

# Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperret!

## Ehrenpflicht jedes reisenden Kollegen ist, von Cassel, Plauen, Posen, Wegeßack und Bremerhaven fernzubleiben.

### Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern** nach Grünstadt in der Pfalz, Iserlohn, Höchst a. M., Neuruppin, Ludwigslust i. Mecklg. (Wählert), Eilenburg (Diegel), Martinroda, Kellheim im Saunus, Wanne, Stralsund, Fürth, Schwerin, Halle a. d. S. (G. Schabbe), Inhaber: Lange & Schulze), Nowawes-Neuendorf, Elst (W. Schulz), Trier, Würzen (Strel), Haberleben;
- Tischlern und Drechslern** nach Reichenbach i. Vogtl.;
- Korbmachern** nach Corbetha, Diberach (R. Handmann), Reichenbach i. Vogtl.;
- Tischlern und Maschinenarbeitern** nach Neudamm, Mühlendorf a. Jun und Neuforg (Kempf & Geiger), Adlershof (Luge);
- Tischlern und Rahmenmachern** nach Frankfurt a. Main (Glaseri von Wegger, Emserstr. 94 und Mühlstr. 18);
- Stuhlbauern, Drechslern und Polirern** nach Preußisch Holland (Diltschlagel & Co.), Neuhausen (Stuhlfabrik G. Seifert);
- Drechslern** nach Altona (Maack);
- Bechern, Bürsten- und Pinselmachern** nach Lauterberg a. G. (Kaufmann);
- Polirern** nach Solmitz (Gofman & Mittel, Stuhlfabrik);
- Stelmachern und Tischlern** nach Fuhrberg bei Mellendorf, Prob. Hannover (Firma Heisenbüttel & Stache);
- Rammachern** nach Schtmar (Ghmann & Gotthardt);
- Wagenbauern** nach Herdingen a. Rhein.

### Ausland.

**Schweden:** Von Korbmachern nach Pärstorp (Essigfabrik).

### Das Koalitionsrecht und die Parteien des Reichstags.

(Fortsetzung und Schluß.)

Der Zuchthausvorlage war eine recht dürftige Begründung mit auf den Weg gegeben. Aber um selbst diese noch abzuschwächen, ließ die Regierung später noch eine „Denkschrift, betreffend die Ausschreitungen bei den Arbeitskämpfen der letzten Jahre“, nachfolgen, die an Angstmeierei Alles bis dahin im lieben deutschen Reichsträhwinkel Erhörte übertraf und selbst an Abtrittinschriften, wie: „Streikbrecher und Denunziant ist der größte Lump im ganzen Land“, — den Ludergeruch der Revolution und des allgemeinen Umsturzes heraufstoch.

Die Zuchthausvorlage und ihre Begründung rief natürlich die gesammte deutsche Arbeiterschaft zu entschiedenem Protest auf den Plan. Es rührten sich diesmal auch die Elemente, die sonst in diesen Fragen gleichgültiger sind, die Hirsch-Dunder'schen und die christlichen Gewerksvereine. Dieser einmütige Widerspruch hatte zur Folge, daß sich bei der ersten Verathung im Reichstage vom 19. bis 22. Juni 1899 nur die beiden konservativen Fraktionen völlig auf den Standpunkt des Zuchthausgesetzes stellten. Namentlich that dies auch der Vertreter der Handwerker und Mittelstandslente, **Jacob Köttler**. Der freikonservative **Dr. Arndt** ließ diese Gelegenheit nicht vorüber gehen, ohne auch gegen die Sozialdemokratie ein neues Ausnahmengesetz zu fordern. Der Antisemit **Liebermann v. Sonnenberg** sprach zuerst gegen das Gesetz, schloß sich dann aber dem konservativen Antrag auf Kommissionsberathung an, was praktisch eine Unterstützung des Antrages gegen das Koalitionsrecht

der Arbeiter bedeutete. Die Nationalliberalen waren gespalten; ihr Redner **Wasser mann** fand leidlich kräftige Worte gegen den Entwurf, mußte aber erklären, daß ein Theil seiner Parteifreunde anderer Meinung wäre. Zweifelhaft war auch die Haltung des Zentrums. **Dr. Lieber** sprach zwar für das Koalitionsrecht, ließ aber durchblicken, daß, wenn durch ein besonderes Gesetz das „Koalitionsrecht sichergestellt“ würde, das Zentrum in Verbindung hiermit auch einer „Zurückdämmung der Mißbräuche“ und „Ausschreitungen von sozialdemokratischer Seite“ nicht abgeneigt sein würde. Mit dieser Begründung hätte die Zentrumsparthei schließlich einem Gesetz zustimmen können, das sich nicht wesentlich vom Zuchthausgesetzentwurf unterschieden hätte. Die freisinnigen Parteien, die Polen und Elsässer lehnten den Entwurf entschieden ab.

Die Hauptaufgabe der viertägigen Nebesacht fiel auch hier, wie in allen die Arbeiterschaft berührenden Fragen, den Sozialdemokraten zu, die alle verschleierte Konsequenzen der schwammigen Begriffsbestimmungen des Entwurfs aufdeckten, das zur Begründung beigebrachte Material kritisch beleuchteten und nachwiesen, wie unwahrscheinlich und aufgebauscht es zum großen Theil war, und die besonders darlegten, daß die Gleichstellung des Arbeitgebers und der Arbeiterschaft in dem Zuchthausgesetz nur ein Schein wäre, während sich praktisch die ganze Schwere des Gesetzes gegen die Arbeiter richten würde.

Der Zuchthausgesetzentwurf wurde schließlich gegen alle parlamentarischen Gewohnheiten nicht einer Kommission überwiesen, aber auch nicht völlig abgethan, denn der Reichstag wurde nicht geschlossen, sondern vertagt, so daß bis zum Wiederzusammentritt Zeit zu allerlei scharfmacherischen Machenschaften gegeben war.

Die Arbeiterschaft führte während des Sommers 1899 den Kampf gegen das Zuchthausgesetz mit größter Energie und auf der ganzen Linie, wobei sich ihr auch einige bürgerliche Sozialreformer anschlossen. Bei dieser Protestbewegung zeigte es sich, wie wenig Anhang eigentlich das Häuflein der Scharfmacher im Lande draußen hatte. Der ganze Scharfmacherwauwau hat ja noch nie Anklang in weiteren Kreisen des Volkes gefunden.

Der entschiedene und einmütige Protest der Arbeiterschaft bewirkte es denn auch, daß, als nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages die zweite Lesung am 20. November 1899 anstand, mit der Zuchthausvorlage kurzer Prozeß gemacht wurde. **Hg. Büsing** hatte im Namen der scharfmacherischen nationalliberalen Minorität Abänderungsvorschläge eingebracht, die er begründete. **Freiherr v. Stumm** hielt dann die übliche Hezrede und stellte den Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. Dieser Antrag wurde kurzer Hand und mit erdrückender Mehrheit abgelehnt, und damit war die Erfolglosigkeit aller weiteren Erörterungen entschieden. Außer dem konservativen **Landrath v. Soebell**, der die Geschmacklosigkeit hatte, den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, zwischen Staat und Umsturz in längerer Rede zu predigen, gaben alle Parteien nur noch kurze Erklärungen ab, nach denen der Entwurf ohne weitere Verathung abgelehnt wurde. So wurde der Koalitionsrechtsraub noch einmal, und zwar entschieden abgewehrt.

Erst später wurde bekannt, daß die Regierung auch bei der Zuchthausvorlage in enger Fühlung mit den Scharfmachern stand, daß sie als alleinige Vertreterin der Scharfmacherinteressen die Arbeiter-

schaft zu knebeln sich bemüht hatte. In ihrer Auffassung von der nothwendigen Förderung des Scharfmacherthums ging sie so weit, daß sie im Sommer 1899 sogar durch einen hohen Beamten des Reichsamtes des Innern an den Generalsekretär **Agel Wedd** des berüchtigten Zentralverbandes deutscher Industrieller den Wunsch richtete, „daß die Industrie M. 12 000 zum Zwecke der Agitation für den Entwurf des Zuchthausgesetzes zur Verfügung stellen möchte“, worin klar zum Ausdruck kam, daß der scharfmacherische Zentralverband die treibende Kraft war, die hinter den ganzen Bestrebungen steckte, und daß im einseitigen Interesse der Industrie und auf deren Kosten die Gesetzgebung gegen die Arbeiterschaft in Bewegung gesetzt werden sollte. In der That wurden die M. 12 000 von den Scharfmachern der Regierung zur Verfügung gestellt. — **Krupp** allein zahlte M. 5000, das übrige Geld wurde durch eine Kollekte unter den Scharfmachern aufgebracht. Dieses Geld fand zu der regierungsseitig betriebenen Agitation für die Zuchthausvorlage Verwendung. Nichts konnte aber die Situation greller beleuchten, als dieser Vorgang: die Regierung geht betteln bei den Scharfmachern um Gewährung von Subsidien zur Agitation und zur Durchdrückung einer Arbeiterknebelungsvorlage!

Die Arbeiter wissen nach allen diesen Vorfällen, und am besten seit dem kompromittirlichen 12 000 Mark-Geld, daß sie von der Regierung nur Arbeiterunterdrückungsmaßregeln, nur Gesetzgebungsaktionen im Geist und im Interesse des rabiatesten Scharfmacherthums zu gewärtigen haben. An dieser Thatsache ändert auch nichts der Umstand, daß in letzter Zeit regierungsseitig Annäherungsversuche an die Gewerkschaften gemacht worden sind.

Die Arbeiter wissen aber auch aus den Erfahrungen, die sie in den Koalitionsrechtsgesetzgebungsarbeiten gemacht haben, daß sie auch von den bürgerlichen Parteien keine Unterstützung, keine Hilfe, keine Beförderung ihrer Rechtslage zu erwarten haben, selbst von den Mittelparteien nicht.

Von den konservativen Parteien ist allgemein bekannt, daß sie allen Ausnahmengesetzen und Unterdrückungsmaßregelungen gegen die Arbeiterschaft zustimmten. **König Stumm** unseligen Andenkens war der typische Vertreter dieser Parteien.

Auch die Nationalliberalen zeichnen sich durch eine besondere Vorliebe für den Arbeitertrutz aus. Bei jeder Gelegenheit, so beim Sozialistengesetz, bei den Verleppsch'schen Koalitionsverschlechterungsplänen u. A. haben sie der Knebelung der Arbeiter zugestimmt. Ihre zweifelhafte Rolle bei der Verathung der Zuchthausvorlage haben wir bereits gekennzeichnet. Die Arbeiterpolitik der Nationalliberalen ist identisch mit der Scharfmacherpolitik des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Die Hauptmacher des Zentralverbandes sind denn auch hervorragende Politiker der nationalliberalen Partei. Wir nennen nur die Herren **Möller**, **Dr. Wenner**, **Gehl** zu **Herrnsheim**, alles Namen von gutem Scharfmacherklang.

Nicht viel besser steht es mit dem Zentrum, wenn diese Partei sich bisher im Reichstage auch in Rücksicht auf die ihr folgenden Arbeiter im Arbeitertrutz einige Reserve aufserlegen mußte. Die Haltung des Zentrums bei der zweiten Lesung der Zuchthausvorlage darf über den,

Koalitionsrechtsfeindlichen Charakter dieser Partei nicht täuschen. Ihre zweideutige Stellungnahme bei der ersten Lesung dieses Gesetzes und bei anderen Gelegenheiten, wo das Koalitionsrecht zur Erörterung stand, haben das Vertrauen in diese Partei mit Recht erschüttert. Um nur eins anzuführen, hat sich der Zentrumskanzler Kintelen gegen das Streikpostenstehen ausgesprochen. Und die Tatsache, daß in namhaften Betrieben ultramontaner Unternehmer in Rheinland und Schlesien das Koalitionsrecht der Arbeiter geradezu verpönt war, reden denn auch eine gar zu deutliche Sprache. Schon allein die Thatsachen, daß es den Arbeitern der bedeutendsten Zentrumzeitung, der „Cölnischen Volkszeitung“ in Cöln, bis vor einigen Jahren streng verboten war, sich im Buchdruckerverband und sonstigen Organisationen zu organisieren, giebt uns das Recht, vor dieser Partei entsetzt zu warnen.

Auch die freisinnigen Parteien verdienen unser Vertrauen nicht, trotz ihres schönen Parteianamens. Gaben sich verschiedene freisinnige Politiker, besonders im Berliner Wahlkampf, doch sogar gegen ein uneingeschränktes Koalitionsrecht der Arbeiter ausgesprochen. Und sind es nicht zum Teil recht enragierte Anhänger der freisinnigen Parteien, jene Unternehmer, die in Hjerlohn und Bremen die brutalen Aussperrungen der um ihr heiliges Recht kämpfenden Arbeiter durchgeführt haben? Speziell unseren Kollegen sei auf die Seele gebunden, daß Herr B r y, der eigentliche Führer der Scharfmacher in der Berliner Holzindustrie, Mitglied der freisinnigen Volkspartei ist. Wenigstens hat sie ihn jüngst bei einer Stadtverordnetenwahl als Kandidat aufgestellt. Kann ein Arbeiter solch einer Partei seine Unterstützung leisten, die notorische Scharfmacher zu ihren Mitgliedern zählt?

Ah nein, die Arbeiter können in Koalitionsrechtsfragen zu den bürgerlichen Parteien kein Vertrauen haben, die alle mehr oder weniger im Wanne der Unternehmerinteressen stehen. Wir dürfen aber keine Parteien unterstützen, die nichts gethan, um das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vervollkommen und zu sichern, die aber recht oft in mehr oder weniger entschiedener Weise sich in koalitionsrechtsfeindlichem Sinne ausgesprochen. Dafür nur noch zwei Beispiele.

Als bei Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches die sozialdemokratische Partei die Gelegenheit wahrnahm, nun eine Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts durchzuführen, da wurden ihre Vorschläge von den bürgerlichen Parteien einhellig abgelehnt. Und als nach Erledigung der Buchthausvorlage wiederum die sozialdemokratische Partei anlässlich der Beratung einer Novelle zur Gewerbeordnung Anträge einbrachte, die eine Verwirklichung und Sicherung des Koalitionsrechts bezweckten, da wurden diese selbstverständlichen Forderungen wiederum, und zwar ohne jede eingehende Diskussion, von denselben Parteien abgelehnt, die kurz vorher bei der Verabschiedung der Buchthausvorlage sich als unentwegte Freunde des Koalitionsrechts aufgespielt hatten.

Nein! Wir haben von den bürgerlichen Parteien wirklich nichts zu hoffen, wenn wir an den Ausbau, an die Sicherung, an den Schutz des Koalitionsrechts herantreten.

Unsere einzige Hoffnung, unsere einzige Stütze ist die sozialdemokratische Partei. Jene Partei der Armen und der „Elenden“, der Arbeiter und Unterdrückten kennt unsere Leiden und Wünsche gut genug; ihr Fühlen und Denken ist eins mit uns; ihre Forderungen sind unsere Forderungen. Und sie allein ist in der Lage, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Nur diese Partei allein treibt keine politischen Handelsgeschäfte, sie fördert deshalb nicht die Ausbeutung und Rechtslosmachung des Arbeiterstandes. Im Gegenteil! Und wenn wir je auf ein ausreichendes Koalitionsrecht der Arbeiter hoffen wollen, nur die sozialdemokratische Partei kann und wird diese Hoffnung wahr machen.

Wer wollte achlos die Hände in den Schooß legen, wenn es gilt, der sozialdemokratischen Partei zum Siege zu verhelfen!

**Die christlichen Gewerkschaften und die Reichstagswahlen.**

Auch die christlichen Gewerkschaften haben zu den Reichstagswahlen mehrfach Stellung genommen. Das ist bei der Wichtigkeit dieser Wahlen für das Volk und besonders für die Arbeiterklasse nicht anders als selbstverständlich. Aber gerade diese Stellungnahme ist von einigem Interesse für die Beurteilung der christlichen Gewerkschaften.

Die erste Publikation der christlichen Gewerkschaftspresse zu den Reichstagswahlen war ein Abdruck eines in den „Mitteilungen des Gesamtverbandes“ veröffentlichten Artikels: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“. Da waren wieder einmal die albernsten Anschuldigungen gegen unsere Gewerkschaften zusammengetragen: von ihrer geistigen und materiellen Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Partei und was der Dinge mehr sind. Den Höhepunkt des Ganzen bildete die Registrierung aller jener Fälle, wo Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei zu den Reichstagswahlen

eine Geld- oder sonstige materielle Unterstützung geleistet hatten. Das war für die Armen im Geiste wieder einmal eine großartige Gelegenheit, über die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Entrüstung zu machen. Wochen lang konnte man sich mit diesem Thema beschäftigen. Und wie bequem war das für die Herren christlichen Gewerkschaftsredakteure. Hirn und Kopf konnten ihre kostbaren Kräfte schonen, nur die Scheere und der Kleinstopf brauchten in Thätigkeit zu treten.

Nur schade, daß in den Freudenfeld ein Wermuthstropfen fiel. Just zur selben Zeit, als die Gewerkschaftschriften über die sozialdemokratische Thätigkeit unserer Gewerkschaften in Entrüstung machten, wurde von Düsseldorf berichtet, daß dort christliche Gewerkschaftsfunktionäre gleichzeitig mit den Verbandsblättern, also in gewissem Sinne offiziell, jene von dem katholischen Volksverein in M.-Glabbach, der großen Zentrumorganisation, herausgegebenen Flugblätter gegen die sozialdemokratische Partei an ihre Mitglieder vertheilt hatten. Und wenn die christlichen Gewerkschaften nicht bis zur förmlichen Geldunterstützung der Zentrumspartei geschritten sind, so liegt der Grund wohl mehr darin, daß bei einer großen Zahl dieser Organisationen nun einmal Geld ein rarere Artikel ist.

Ueber diesen Entrüstungsrummel über die, ach, so sozialdemokratischen Gewerkschaften hinaus haben sich einzelne christliche Gewerkschaftsblätter nun auch zu einer förmlichen Stellungnahme zu den Reichstagswahlen aufgeschwungen. Wir wollen, weil sie typisch sind, nur zwei Publikationen dieser Art anführen. Zunächst die des „Christlichen Holzarbeiters“. Sie bewegt sich in streng neutralem Rahmen; ein Hinweis auf die Wichtigkeit der Wahlen, auf die neutrale Haltung des Verbandes, die es verbiete, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen; eine eindringliche Mahnung an die Mitglieder, gleichwohl ihre staatsbürgerlichen Pflichten nicht zu vernachlässigen. Wir trauten unseren Augen kaum, als diese Kundgebung uns zu Gesicht kam. Dahin sind die Zeiten, wo Kapläne und Benefiziaten und hochwürdige Pastoren in den Versammlungen des christlichen Holzarbeiterverbandes den Brotwucher verherrlichten, wo Stegertwald im „Christlichen Holzarbeiter“ seinen Kollegen die höheren Getreidezölle schmachtast zu machen versuchte. Das war einmal. An der Leitung des Verbandes steht jetzt Herr Kurtzschid, ein passionierter Schüler der M.-Glabbacher Jesuitenanstalt. Ihm können solche Entgeisungen nicht passieren. Er weiß wenigstens den Schein zu wahren. Und so versteigt er sich bis zu einer hyperneutralen Kundgebung, die aber bei der politisch trübten Vergangenheit des christlichen Holzarbeiterverbandes einzigartig wirkt.

Ganz anderer Art ist die Stellungnahme des „Bergknappen“, des Organs des christlichen Bergarbeiterverbandes. Dort wird in altgewohnter Weise die streng neutrale Haltung der christlichen Gewerkschaften betont, die sich von allen politischen Einflüssen freizuhalten hat; mit einem ziemlichen Maß von Entrüstung werden die alten nichtchristlichen Gewerkschaften wieder einmal ob ihrer sozialdemokratischen Haltung heruntergeriffelt. Man fühlt es dem „größten Bergarbeiterführer“ August Brust — August der Starke wird er von unseren Kollegen im Ruhrgebiete genannt, wegen seines schlecht begründeten, selbstbewußten Auftretens — wie er Angesichts der parteipolitischen Haltung seiner sozialdemokratischen Gegner, gleich dem Pharisäer der Bibel, erleichtert zu einem Stohsgebet anhebt: „Herr Gott, ich danke Dir, daß ich nicht bin wie andere Leute, Räuber, Mörder, Ehebrecher, oder auch wie dieser Zöllner vom sozialdemokratischen alten Verband. Ich faste zweimal täglich, und im Uebrigen ist mein ganzes Leben nur eine einzige gottgefällige Verfluchung der sozialdemokratischen Lehren und ihrer Anhänger.“

Ah ja, August Brust betont zweimal täglich die politisch-neutrale Haltung seiner Gewerkschaft; öfter als das schimpft er aber kraft seines Amtes als Vorsitzender des christlichen Bergarbeiterverbandes auf die sozialdemokratische Partei. Das kann er sich schon erlauben, ohne bei seinen gewerkschaftschriftlichen Kollegen den Vorwurf eines politischen Neutralitätsbruches zu erfahren. Die christlichen Gewerkschaften haben die Führer, die sie verdienen.

So ist denn auch der Artikel des „Bergknappen“ eine einzige Herabwürdigung der christlichen Gewerkschaftler, deren Urtheilsvermögen man recht gering einschätzt. Zunächst giebt sich August Brust wieder einmal die neutrale Pose. Er fragt eingangs seines Artikels: „Was soll die Reichstagswahl im Gewerkschaftsorgan? . . . Nur Geduld, Freunde, sie wird nicht erwähnt, um etwa für den einen oder anderen Kandidaten dieser oder jener Partei Propaganda zu machen . . .“

„Unser Gewerbeverein ist laut Programm der Gewerkschaften christlicher Arbeiter vom Mainzer Delegirtenkongress parteipolitisch neutral. (Im Original fettgedruckt). Er umfaßt Angehörige der verschiedenen christlichen Konfessionen und staats-erhaltenden (11) Parteien. Innerhalb des Gewerbevereins achten die Mitglieder die gegenseitige konfessionell-religiöse und parteipolitische Anschauung und halten Alles sorgsam von der Gewerkschaft fern, was irgendwie das religiöse oder parteipolitische Gefühl des einen oder anderen Mitgliedes verletzen könnte. Als Gewerkschaftler stehen wir also dem parteipolitischen Getriebe fern und halten die Kämpfe der Parteien aus unserer Bewegung. Dabei werden wir gut fahren für die Folge, wie dies auch in der Vergangenheit geschehen ist.“

„Jeboch“ — sagt August Brust weiter — „wir sind nicht allein Gewerkschaftler, sondern auch Staatsbürger, und als solche haben wir unsere Pflicht auch zu thun, namentlich wenn wir zur Wahlurne gerufen werden, um unsere Stimme in die Wag- schale zu werfen für die Gestaltung der Staats- und Gesetzesordnung. Als Arbeiter haben wir namentlich Interesse an der Fortführung des Arbeiterschutzes und der Versicherungsgegesetzgebung, der Ausgestaltung des Koalitions-, Vereins- und Versammlungrechtes usw. Da wäre es thöricht, wollte nur ein wahlberechtigter Arbeiter von der Wahlurne fernbleiben — etwa in dem Gedanken: „Es geht doch Alles seinen Weg, den es gehen sollen, ob ich wähle oder nicht!“ Nein, es geht Alles den Weg, den die Majorität der heußlichen Wähler mit vorgezeichnet. Es wäre ein schlechter Gewerkschaftler, der bei den politischen Wahlen nicht zur Wahlurne ginge und mit wählte.“

Weiter wird in dem Artikel betont, daß man frei seine Meinung bei den Wahlen zum Ausdruck bringen, daß man sich rege an den Wahlen betheiligen müsse, allerdings nicht in den Gewerkschaften oder in den Gewerkschaftsversammlungen, um so mehr aber außerhalb derselben. In allen Fällen möge man aber die Meinung des Gegners achten. „Verkünftige Arbeiter und solche, die Anspruch auf Charakter machen, werden die gegenseitige parteipolitische Ansicht des Nebenmenschen achten und sich bei Ausübung des Wahlrechts im gegenseitigen Sinne nicht zanken, noch verfeinden; sofern allerdings mit legitimen, anständigen Mitteln für die Anschauung gestritten und diese ohne Verletzung der gegenseitigen Anschauung zum Ausdruck gebracht wird“ —, so sagt August Brust wörtlich in seinem Artikel.

So weit, so gut. Gegen eine solche Aeußerung zu den Wahlen wird man vom Standpunkt gewerkschaftlicher Neutralität nichts einzuwenden haben. Aber diese neutrale Stellungnahme klingt aus in einen schrillen parteipolitischen Mißakkord; August Brust läßt wieder einmal für einen Augenblick seine neutrale Maske fallen und zeigt sich in seiner ganzen parteipolitischen Glorie.

Natürlich schimpft er wieder nur auf die Sozialdemokratie. Das ist bei ihm nun einmal so neutraler Brauch. Sozialdemokraten sind nun einmal keine Menschen. Deshalb kann man sie, nach Brust, verleumden, trotz des Gelöbnisses, für keinen Kandidaten dieser oder jener Partei Propaganda zu machen. Warum auch nicht, das Herunterreißen wirkt ja nicht empfehlend, es geschieht ja nicht, um für diesen oder jenen Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Propaganda zu machen, ganz im Gegenteil! Wie kann man Brust also Inkonsistenz vorwerfen? Und so läßt er sich in seiner streng „neutralen“ Haltung wie folgt vernehmen:

„Bei der diesjährigen Reichstagswahl wird, wie nie zuvor, von der Sozialdemokratie versucht werden, das arbeitende Volk zu betrügen und die volksverrätherischen Pläne dieser Umstürzpartei dem Ziele näher zu führen. Und angesichts dessen müssen auch wir unseren Mitgliedern zurufen, ja, muß dem ganzen christlichen Arbeiterstande zugerufen werden, auf der Wacht zu sein, sich nicht betören und von den infamen Lügen, Verdrehungen und Verdächtigungen von Seiten der Sozialdemokratie sich nicht beeinflussen zu lassen. . . . Gewiß, kein ehrlicher Arbeiter und Gewerkschaftler wird einem Sozialdemokraten seine Stimme bei der Reichstagswahl geben, wo sich diese, wie vorher gezeigt, als Todfeinde jedes Arbeiterfortschrittes, aber auch als Umstürzler und Todfeinde der christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung gezeigt haben. Wenn bei der nächsten Reichstagswahl die sozialdemokratische Partei die Oberhand gewinnen sollte, dann wäre es allerdings um die Freiheit und Zukunft der Gewerkschaften geschehen, da diese nach Ansicht der Genossen mit der Sozialdemokratie eins sein sollen.“

Brust besorgt, wie man sieht, die Neutralität der Kriegervereine, die sich ebenfalls von Politik statutengemäß fernhalten, aber jeden Sozialdemokraten ausschließen und bei Wahlen das Eintreten für die „staats-erhaltenden“ Parteien zur Pflicht machen. Genau so macht's Brust. Brotwucherer und Scharfmacher und Arbeiterfeinde jeder Art — sie sind ihm willkommen, wer aber einem Sozialdemokraten bei der Wahl seine Stimme giebt, der sei verflucht — von August, dem Berschmetterer.

Nach dieser Leistung können wir über den Charakter der Neutralität der christlichen Gewerkschaften nicht mehr im Zweifel sein. Diese Neutralität besteht darin, daß möglichst oft und in der gemeinsten Weise die sozialdemokratische Partei heruntergerissen wird. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, stets und mit Würde die streng neutrale Haltung der christlichen Gewerkschaften zu betonen.

Brust hat sich auf diesen einen Artikel nicht beschränkt. In jeder Nummer des „Bergknappen“, die seitdem erschienen ist, steht er seine „streng neutrale“ Herunterreißerei der sozialdemokratischen Partei fort. Zur höheren Ehre der christlichen Gewerkschaftsgrundzüge.

Derweil geht der Wahlkampf draußen im Lande immer weiter, und die Gewerkschaftschriften mühen sich im Schweiße ihres Angesichts ab für die Zentrumspartei. Herr Schiffer vom christlichen Textilarbeiterverband hat eine Zentrumskandidatur übernommen, und Herr Möller vom christlichen Holzarbeiterverband in Hamburg hat sich sogar zu einer Programmrede für den ultramontanen Kandidaten verstiegen; überhaupt bethätigen sich die christlichen Gewerks-

schaffler fast ausschließlich im Sinne der Zentrumspartei. Was läge darnach näher, als die christlichen Gewerkschaften ultramontan zu nennen, wie sie uns sozialdemokratisch nennen. So was giebt's aber nicht. „Wenn Zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe“, sagen die Christlichen, und deshalb bringen sie es fertig, sich neutral zu nennen.

Uns kann es recht sein. Wir sind stolz darauf, wenn man uns Sozialdemokraten nennt, weil es uns eine Ehre ist, zu den Anhängern und Förderern einer Partei zu zählen, die nur eine Pflicht kennt: sich aufzuopfern für die Arbeiterklasse und die unterdrückte Menschheit; die nur ein Ziel kennt: Hebung der Lage der Arbeiterklasse, Beseitigung aller Unfreiheit und Ungerechtigkeit und die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse vom Druck der Lohnsklaverei. Schmerz und Scham müssen wir aber darüber empfinden, daß es noch jetzt Arbeitsbrüder giebt, die einer so volksverrätherischen, volksausbeutenden und freiheitsfeindlichen Partei, wie die Zentrumspartei es ist, nachlaufen und sie unterstützen.

Herr Weinhausen beschäftigt sich in der nationalsozialen „Zeit“ ebenfalls mit dem Thema: „Gewerkschaften und Reichstagswahl“. Die Haltung unserer Gewerkschaften findet dabei wegen ihrer Neutralitätswidrigkeit durchaus nicht seinen Beifall. Dagegen lobt er die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften wegen ihrer strengen Neutralität. Letztere Gewerkschaften unter besonderem Hinweis auf den von uns oben charakterisierten Artikel des „Vergnappen“. Da Herr Weinhausen sich über die Gewerkschaften stets so weitgehende Urtheile erlaubt, müssen wir annehmen, daß er die von ihm beurtheilten Gewerkschaftsblätter, so in diesem Falle auch den „Vergnappen“, thätfächlich gelesen hat. Und wenn er dann den „Vergnappen“ wegen seiner streng neutralen Haltung belobt, ist es für uns klar, daß auch Herr Weinhausen unter Neutralität nichts Anderes versteht, als eine den bürgerlichen Parteien wohlwollende, der sozialdemokratischen Partei feindliche Haltung der Gewerkschaften. Nach dieser Offenbarung ist es aber auch garnicht verwunderlich, wenn unsere Gewerkschaften vor Herrn Weinhausen so gar keine Gnade finden. Wären wir doch nationalsozial und rüsteten wir jedes unserer Mitglieder mit einem großen Zitatenjad zum Kampf gegen die sozialdemokratische Partei aus, dann wäre des Lobes ob unserer Neutralität kein Ende. Aber so . . . . .

**Zur Beilegung der Aussperrung in den Unterweserorten.**

In der am 28. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde das Verhalten des zweiten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seipart, des Vertreters des Zentralvorstandes der Metallarbeiter, Genossen Vorhöfzer, und des Zentralvorsitzenden des „Werftarbeiter-Verbandes“, Genossen Dellerich, hier am Orte einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Besonders scharf kritisiert wurden die Abmachungen der oben genannten Personen, die als Vertreter der ausgesperrten Tecklenborg'schen Arbeiter fungierten, die mit der Werkleitung getroffen wurden. Es lief folgende Resolution ein: „Die heutige Mitgliederversammlung des „Verbandes der Holzarbeiter“ vom 28. Mai, Zahlstelle Bremerhaven und Umgegend, spricht ihr tiefes Bedauern aus, über die von dem Vertreter der Metallarbeiter, Genosse Vorhöfzer, dem Holzarbeiter, Kollegen Seipart, dem Werftarbeiter, Genossen Dellerich, als Beauftragte der Tecklenborg'schen ausgesperrten Arbeiter, gemachten Vereinbarungen, da uns dieselben in wirtschaftlicher Position auf Jahre zurückschleubern, ebenso unsere agitatorische Thätigkeit vollständig lahm legen, trotzdem die oben bezeichneten Vertreter am Abend vor der sanktionirenden Versammlung von den Vorstandsmitgliedern der Zahlstellen auf die unhaltbaren Zugeständnisse aufmerksam gemacht wurden. Kollege Seipart, dem direkt in der Versammlung gesagt wurde, nicht dafür einzutreten, habe kraft seiner einflussreichen Stellung als Zentralvorsitzender, als zweiter Verbandsvorsitzender bezw. Vertreter des Hauptvorstandes Alles aufgeboten, die Abmachungen, die doch eine bedeutende Verschlechterung der Tecklenborg'schen Arbeiter einerseits sowie der gesamten Arbeiterschaft andererseits seien, der Versammlung zur Annahme empfehlend. Dadurch haben dieselben das Vertrauen der Arbeiter zu ihrer Organisation im höchsten Grade erschüttert.“ Im Verlauf der Debatte wurde es scharf gerügt, daß durch die Abmachungen die Tecklenborg'schen Tischler gezwungen sind, in Afforde zu arbeiten, da gerade die Holzarbeiter hiesiger Zahlstelle es bis dato abgelehnt haben — und stets mit Erfolg — Affordarbeit in jeglicher Form zu machen. Ein Redner kritisierte scharf das Verhalten des Kollegen Seipart. Er sei der Meinung gewesen, daß derselbe erschienen sei, um der Lokalerwaltung resp. dem Streikcomité hülfreich zur Seite zu stehen. Ferner wurde gerügt, daß Kollege Seipart sich nicht vor das Forum einer Mitgliederversammlung gestellt habe, sondern zugehört habe, so schnell wie möglich von hier zu kommen. Jedoch waren sämtliche Redner darin einig, daß unser Kollege Seipart und Genosse Vorhöfzer vom Zentralvorstande der Werftarbeiter, Genossen Dellerich, stark beeinflusst worden sind, da selbiger Verband auf sehr schwachen Füßen steht und ein großes Interesse daran hatte, die Differenzen so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen. Bei der Abstimmung wurde die oben angeführte Resolution gegen eine Stimme angenommen. Erwähnt sei noch, daß diese Resolution in sämtlichen in Betracht kommenden Branchenversammlungen zur Annahme vorgelegt worden ist. Ferner wurde ein Antrag angenommen dahingehend, einen Vertreter des Hauptvorstandes nach hier zu beordern, um Rechenschaft in dieser Angelegenheit vor der Mitgliederversammlung abzulegen. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung. Die reisenden Kollegen erjuchten wir, die Unterweserorte noch zu meiden.

**Ertzgegnung.**

Undank ist des Streikvermittlers Lohn! Ueber diese Wahrheit bin ich mir längst klar, da ich dies Schicksal nun schon oft

genug erleben mußte. Und so wie mir ist es noch jedem Anderen auch ergangen. Bormürde und Anfeindungen sind in der Regel der Dank für solche Thätigkeit, welche, wie kaum eine andere, Geist und Körper anstrengt und die Nerven aufreißt.

Die vorstehenden Bormürde könnte ich mit dem kurzen Hinweis abthun, daß die Versammlung der ausgesperrten Tecklenborg'schen Arbeiter am 20. Mai mit circa 1000 gegen nur 70 Stimmen unsere Abmachungen gutgeheißen und angenommen hat. Die Holzarbeiterversammlung am 28. Mai hätte also ihre Bormürde nicht an meine Adresse, sondern an die gewaltige Majorität der Aussperrten selbst richten müssen. Aber ich bin gern bereit, auch heute noch mit meiner Person für die Abmachungen einzutreten, trotz des „tiefsten Bedauerns“ der Zahlstellenversammlung.

Leider vermitte ich in vorstehendem Bericht jede Andeutung, worin denn die „bedeutende Verschlechterung der Tecklenborg'schen Arbeiter“ zu finden wäre. Ich finde es sehr bedauerlich, daß die eigenen Kollegen das lägenhafte Geschrei der Unternehmerpresse über den angeblichen Sieg des Scharfmacherthums durch solche ganz unmotivierten Nebenarten auch noch unterstützen. Wie wenig dieselben berechtigt sind, ergibt sich aus folgendem Sachverhalt.

Auf der Tecklenborg'schen Werk sollte in den Branchen der Schiffszimmerer und Tischler die Affordarbeit eingeführt werden. Alle übrigen Branchen arbeiteten längst in Afforde, wie überhaupt auf den Werften allgemein das Affordsystem gebräuchlich ist. Jedenfalls aus diesen Erwägungen hatten denn auch die Tecklenborg'schen Schiffszimmerer sowohl als die Tischler bereits im April ihren Widerstand gegen die Affordarbeit aufgegeben, nur verlangten sie, daß die Werkleitung zuvor mit dem Arbeiterausschuß in Unterhandlung treten sollte, um eine Basis zu finden, in welcher Form und unter welchen Bedingungen die Einführung des Affordsystems erfolgen sollte. Diesem Verlangen hatte sich die Werkleitung widersetzt und ihre Weigerung, zu unterhandeln, war am Schlusse der alleinige Anlaß zu der erfolgten Aussperrung.

Als die Genossen Dellerich, Vorhöfzer und ich die Einigungsverhandlungen aufnahmen, konnte es nach dem Vorausgegangenem deshalb nicht mehr unsere Aufgabe sein, die Affordarbeit überhaupt abzuwehren. Einen solchen Auftrag hatten wir auch von seiner Seite erhalten. Vielmehr handelte es sich für uns lediglich darum, die Werkleitung zu bestimmen, entgegen ihrer Weigerung doch in Unterhandlungen über die Art der Einführung des Affordsystems einzuwilligen. Und das ist uns in vollem Umfange gelungen. Während die Werkleitung dem Arbeiterausschuß erklärt hatte, die Vergabung der einzelnen Afforde und die Festsetzung der Affordbedingungen seien lediglich Sache ihrer Beamten und Meister, hat sie uns das Zugeständniß machen müssen, daß die Affordsätze vor der Uebernahme in jedem Einzelfall mit den betreffenden Arbeitern vereinbart werden sollen. Und während die Werkleitung es anfänglich abgelehnt hatte, mit dem eigenen Arbeiterausschuß über die strittigen Fragen zu unterhandeln, hat sie diese Unterhandlung schließlich mit uns, den Vertretern der Gewerkschaften, pflegen müssen, derselben Gewerkschaften, auf deren Vernichtung es angeblich abgesehen war. Damit aber nicht genug, die Werkleitung hat unsere Organisationen auch für die Zukunft anerkannt, indem sie mit uns schriftlich vereinbarte, daß bei zukünftigen Differenzen eine Aussperrung nicht wieder erfolgen soll, ehe nicht „zwischen beiden Parteien oder deren Vertretern“ ein friedlicher Einigungsversuch stattgefunden. Trotz alledem aber redet man davon, die Arbeiter hätten sich ganz den Bedingungen der Werkleitung unterworfen. Jeder Leser wird zugeben, daß die getroffenen Vereinbarungen denn doch wesentlich anders einzuschätzen sind.

Amüßant ist, daß die Zahlstellenversammlung mir den Milderungsgrund zubilligt, ich hätte mich von dem Vorsitzenden des Werftarbeiterverbandes „stark beeinflussen“ lassen. Diesen Milderungsgrund lehne ich natürlich ab und trage meine „Schuld“ gern allein.

Weniger kollegial und vor allen Dingen nicht loyal ist es aber, wenn die Kollegen den Glauben zu erwecken suchen, als hätte ich aus Angst vor der Mitgliederversammlung mich schleunigst aus Bremerhaven gedrückt. Daß mir der Muth meiner Ueberzeugung nicht fehlt, habe ich während meines Aufenthalts in Bremerhaven hinlänglich bewiesen, was die Mitglieder der Lokalerwaltung, mit welchen ich in mehreren Sitzungen alle diese Fragen gründlich berathen habe, der Mitgliederversammlung hätten berichten können. Diese Kollegen wußten auch, daß ich mich ohnedies länger bei ihnen aufgehalten, als es meine Geschäfte in Stuttgart eigentlich vertragen, und es war ihnen auch nicht unbekannt, daß ich, als ich am Nachmittage des 20. Mai nach endgültiger Beilegung des Konfliktes „so schnell wie möglich“ von Bremerhaven abreiste, bereits am nächsten Vormittag in Köln in dringenden Verbandsangelegenheiten in Anspruch genommen war. Im anderen Falle wäre es mir sicher ein Vergnügen gewesen, der Zahlstellenversammlung in Bremerhaven beizuwohnen, und ich bin überzeugt, daß dieselbe alsdann auch ein anderes Resultat erzielt hätte.

**Theodor Seipart.**

**Wieder eine brutale Aussperrung.**

In Bremen reichten am 31. März die Klempnergejellen ihren Meistern ein Schreiben ein, worin sie um eine Unterhandlung zwecks Festlegung eines neuen veränderten Arbeits- und Lohnartikels nachsuchten. Die Klempnermeister lehnten eine Unterhandlung ab, weil ihnen angeblich die gestellten Forderungen zu hoch waren. Die Gesellen riefen hierauf das Gewerbegericht als Einigungsamt an, dies lehnten die Klempnermeister rundweg ab. Mittlerweile waren in zwei Geschäften Differenzen ausgebrochen und die Gesellen verhängten über diese die Sperre. Die Klempnermeister verlangten nunmehr schriftlich von den Gesellen, daß sie die Sperre aufheben, widrigenfalls sie sämtliche Gesellen aussperrten. Dies thaten die Gesellen nicht, legten vielmehr unter Aufrechterhaltung ihrer Forderungen die Arbeit nieder. Da es den Klempnermeistern nicht gelang, Erjaß für die Streikenden zu finden wandten sie sich hülfesuchend an die Unternehmer im Baugewerbe. Die Baugewerksinnung sagte ihre Hilfe zu. Am 18. Mai Abends 7 Uhr fand im Gewerbehaufe eine Sitzung der Unternehmer im Baugewerbe statt, wozu auch die Gesellenausschüsse der Maurer und Zimmerer geladen und

vertreten waren. In dieser Sitzung, wo es sich nur um den Klempnerstreik handelte, wurde den Vertretern der Gesellschaft kurz und bündig das Ultimatum gestellt, daß, wenn die Maurer und Zimmerer nicht dafür sorgten, daß bis zum Donnerstag Mittag (21. Mai) den Arbeitgebern die Antwort zugegangen sei, daß die Klempner bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen würden und den alten Vertrag auf drei Jahre verlängerten, so werde am Sonnabend, den 28. Mai, auf allen Bauten die Arbeit eingestellt.

Die Vertreter der Gesellschaft erklärten hierauf: Selbst wenn sie auf die Klempner dahin einwirken wollten, sei dies unmöglich, weil ihr Einfluß durchaus nicht so weit reiche; die Klempner würden sich auf keinen Fall von Maurern und Zimmerern in ihre Angelegenheiten hineinreden lassen.

Die Arbeitgeber beharrten auf ihrem Standpunkt und die Gesellenvertreter waren damit entlassen. Nun haben die Maurer und Zimmerer im März 1902 einen Vertrag abgeschlossen, der bis zum 5. April 1903 Gültigkeit hatte. Dieser Vertrag ist, wie aus den Schriftstücken und den gegenseitigen Unterschriften der Arbeiter und Arbeitgeber des Baugewerbes hervorgeht, am 21. Februar 1903 auf ein weiteres Jahr, also bis zum 1. April 1904, verlängert. In einem Flugblatt, das der Vorstand der Bremer Maurer zur Aufklärung des Bremer Publikums verbreitete, heißt es:

Wie nun die Arbeitgeber im Baugewerbe dazu kommen, ihre Arbeiter so ohne jeglichen Grund auszusperrn, das ist es, was eine allgemeine Erregung hervorgerufen hat, und mit Recht!

Die Maurer und Zimmerer haben sich längst gesagt, daß es nothwendig sei, daß eine ruhige Zeit im Baugewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Platz greife, und so sind beide Theile im Winter vorigen Jahres bei Verathung des Lohnartikels zu dem Schlusse gelangt, den Arbeitern zu empfehlen, den Vertrag auf ein weiteres Jahr zu verlängern, welches auch die Zustimmung, wie obiges Schreiben vom 21. Februar zeigt, seitens der Arbeitgeber fand.

Aus Vorstehendem geht hervor, daß die Arbeitgeber im Baugewerbe in der brutalsten Weise ihre Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen haben, und das zu einer Zeit, wo das Pfingstfest vor der Thüre steht, wo die Arbeiter nach den langen Wintermonaten am Pfingstfest Erholung suchen und mit ihren Familien die Schönheiten der Natur genießen wollten; dieses ist nun Alles durch den Gewaltstreik der Unternehmer bereitet worden. Aber dieselben Leute, die am 28. Mai ihre Arbeiter aussperrten, werden am Pfingstfest die Kirche besuchen, wo ihnen das Wort zugerufen wird: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“

Sinzu kommt, daß auch die Schlofferinnung sich den Beschlüssen der Baugewerksinnung angeschlossen, und zwar, nachdem die Aussperrung am 28. Mai bereits zur That geworden war. Sie beschloß, am Sonnabend, den 30. Mai, ihre sämtlichen Arbeiter auszusperrn, und weiter machte sie unterm 27. Mai bekannt, daß „jedes Mitglied der Schlofferinnung verpflichtet sei, innerhalb 14 Tage nach Beendigung der Aussperrung resp. Streik keinen Gesellen in Arbeit zu nehmen, der vorher hier am Plage gearbeitet hat, ausgenommen, wenn der frühere Arbeitgeber damit einverstanden ist.“

Am 28. Mai hat nun eine Sitzung von Vertretern des Vereins „Bremitischer Baugewerksmeister“ und den Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes stattgefunden, die sich über die schwebenden Streitfragen zwischen den Klempnern und deren Gehülfen einigten. Am 29. Mai, Nachmittags, haben die beteiligten Korporationen zu den Einigungsanschlägen Stellung genommen.

Die Versammlung der Meister akzeptirte die unterbreiteten Vorschläge mit 87 gegen 2 Stimmen, die Versammlung der Gehülfen verwarf dieselben mit 99 gegen 57 Stimmen. Bei den sofort angebahnten erneuten Vorschlägen einigten sich die Vertreter der beiden Organisationen nach kurzer Verathung über den strittigen Punkt Lohnfrage und stimmten dann die Versammlungen der Gehülfen wie der Meister einstimmig den Vorschlägen zu.

Der strittige Punkt lautet nun folgendermaßen: Für Gesellen über 20 Jahre bleibt der Lohn der freien Vereinbarung unberührt, derselbe darf jedoch für Gesellen im Alter von 20 bis 24 Jahren nicht unter 46 ¢ pro Stunde, und für Gesellen über 24 Jahre nicht unter 63 ¢ pro Stunde betragen.

Damit ist die Aussperrung beendet. Diese Aussperrung zeigt wieder einmal, welche Brutalität und Rücksichtslosigkeit das Unternehmertum fähig ist und daß es selbst das schädlichste Mittel nicht scheut, um seinen Herrenstandpunkt den Arbeitern gegenüber zu behaupten. Mehr als durch alle Agitation es den organisierten Arbeitern bisher möglich war die ihnen fernstehenden Arbeitskollegen zum Anschluß an die Organisation zu bewegen geschieht es jetzt durch die Taktik des Unternehmertums. In Massen können die Arbeiter jetzt der Terrorismus des Unternehmertums ein Theil ist von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

### Zum Schreinerstreik in Cassel.

Jetzt dauert der Streik die zehnte Woche, und dabei ist ein Ende des Streiks noch nicht abzusehen. Die Meister suchen die Kleinsten Meister ab, um hier und da einmal einen Gefellen zu erwidern. Gewöhnlich dauert ja die Freude nicht lange, meistens sind diese Gefellen noch nicht in Cassel hinein und haben unsere Streitenden schon kennen gelernt. Oft passiert es, daß unsere Kollegen den auf dem Bahnhof harrenden Meistern erklären: „Sie brauchen sich keine Mühe zu geben, wir haben ihn schon!“ In der letzten Woche kamen einige Kollegen aus Leipzig, auf Anraten der dortigen „Neuesten Nachrichten“, nach hier, aber die Meister haben keinen davon erwirbt. Mahardtchen in Berlin sucht dort Leute nach hier, diese Woche hat er einen armen Teufel mit Frau und vier Kindern, deren eines schwer krank, nach hier geschickt. Das Jahrgeld für die Familie wurde von Berlin bis hier bezahlt, doch sollte derselbe dieses zurückzahlen, wenn er weniger als vier Wochen hier arbeitete. Der Mann hat es zwei Tage gemacht; wir haben ihn mit Familie nach Magdeburg abgeschoben. Lehrreich ist gerade dieser Fall, es wurden ihm  $\text{M } 36$  Lohn pro Woche versprochen, und  $\text{M } 18$  hat man ihm bezahlt, er hatte dann noch Last, seine Papiere wieder zu bekommen, die ihm Mahardt schon in Berlin abgenommen hatte! Eine Warnung für Streikbrecher und Die, die es werden wollen! In den letzten Wochen hat die Zahl der Streikbrecher wieder etwas abgenommen, am letzten Montag allein sind elf dieser Leute zu den Streitenden übergegangen. So manches Meisterlein, das früher den Nobel kaum noch anzufassen wollte, gewöhnt sich jetzt wieder an's Arbeiten, wir sehen also, daß auch nach dieser Seite der Streik eine erzieherische Wirkung ausübt. Bloss mit den Maschinen können die armen Kerle nicht fertig werden, die Meister sind zu gefährlich, und da hat's schon Einigen die heißen Knochen gelöst; einer der „Hauptthähe“ hat sich den Daumen fortgeschritten, der ihm im Wege saß. Unsere „Obermacher“ wenden alle Mühe auf, die Polizei mobil zu machen gegen unsere Leute; ja, ein Meister ist in einem Falle sogar handgreiflich geworden an einem Streikposten, was ihm ein paar kräftige Öhrfeigen eingetragen hat! In den Versammlungen wird jedesmal vom „Obermacher“ aufgefordert, möglichst viele Sicherungen vornehmen zu lassen, und so hat die Polizei bis heute circa 50 Protokolle anfertigen müssen. Von einigen Streitenden sind Name, Stand und Wohnung bereits fünfmal aufgenommen, aber ein strafbares Delikt konnte noch nicht herausbestimmt werden, so daß sogar ein Polizeibeamter sagte: „Ja, wir haben jetzt 50 Protokolle machen müssen, aber ich glaube, daß nicht bei einem einzigen was herausspringt!“ Aber es ist doch eine edle Thätigkeit, Denunziant zu spielen, zu welcher Kochendörfer die Meister anleitet! In der letzten Woche wurde eine Reihe Zwangsverkäufe von Werkzeugen, Maschinen zc. bekannt gemacht; bei einem Rechtsanwalt allein lagern gegen vier Meister Zwangsversteigerungsanträge, und da sagte der Obermacher in der letzten Versammlung des Schutzverbandes: „Die Meister müssen die Weiden, die der Streik mit sich bringt, mit Geduld tragen!“ „Na, der hat gut reden,“ sagte ein Meister dem Schreiber dieser Zeilen, „der kriegt sein Geld von Berlin und wir müssen Hungerpfoten saugen, und unsere Kundschaft geht uns zum Teufel.“ Die Meister haben auch böse zu leiden, alle Dummheiten, die irgend gemacht werden konnten, sind in den letzten Jahren fertig gebracht! So hatte man sich neben der Zwangsinnung eine Innungsrankenkasse zugelegt, um die Gefellen immer am „Wande“ zu haben. Die Zwangsinnung muß nun, wenn die ordentlichen Beiträge nicht langen, das übrige Geld drauf legen, um die Krankensunterstützung zahlen zu können. Die bösen Gefellen haben nun bei der Arbeitsniederlegung sich sämtlich als freiwillige Mitglieder weiter versichert, und viele wurden auch krank, nun ist das Geld alle und die Meister müssen draufzahlen. Piffikus Kochendörfer, „schlau“ wie immer, sagte sich, jetzt lösen wir schleunigst die Innung auf, dann ist die Kasse auch aufgelöst. Die Versammlung wurde einberufen, aber die Aufsichtsbehörde sagte: „Lieben Freunde, so leicht geht das nicht, die Versammlung muß vier Wochen vorher schon bekannt gegeben werden, und da ist es sehr fraglich, ob wir dann der Auflösung der Kasse zustimmen.“ Die Gefellen, die früher für Auflösung der Kasse waren, sind jetzt nämlich dagegen. Also, die armen Meisterlein müssen weiter hüten, wenigstens die 26 Wochen, auf welche die Gefellen Anspruch auf Unterstützung haben, auch selbst nach Auflösung der Kasse, und da müssen halt die Meister wieder mit ihrem Geldbeutel oder, wenn dieser nicht langt, mit verkauften Werkzeug oder Bänken einpringen. Aber so geht's, wenn man die Nase überall hineinsteckt, auch da, wovon man nichts versteht! In der letzten Woche hatten die Meister das Gerücht ausgesprengt, die letzte Streikunterstützung sei ausgezahlt, die Streikleitung habe bei den Buchdruckern schon  $\text{M } 500$  gepumpt. Verrathen wollen wir den Meistern, daß wir es noch 26 Wochen aushalten. Wichtig ist, daß der Vorkämpfer der Buchdrucker uns  $\text{M } 500$  für Extraunterstützung an die Streitenden überwiesen hat, aber wir haben darum noch nicht einmal gebeten! Ja, die Streitenden erhalten sogar zu Pfingsten ein Jeder  $\text{M } 5$ . Diesen Zuschuß hat die Zahlstelle Hannover bewilligt, und suchen kommen zur Miete  $\text{M } 100$  von der Zahlstelle Halle a. d. S. Weitere Orte haben sich, ohne von uns aufgefordert zu sein, erboten, für die Miete der Streitenden aufzukommen! Hat sich denn der Schutzbund schon was merken lassen? Will dieser denn für die nächste Miete der Meister sorgen? Eine ganze Reihe hat die letzte noch nicht bezahlt, und die Hauswirthe der armen Schuldner werden jetzt recht ungemüthlich; will auch diese Herr Kochendörfer trösten? „Lernet leiden, ohne zu klagen, wenn Ihr auch keine Miete bekommt!“

Ja, verehrte Meisterlein, wenn Ihr Euch von Kochendörfer Aniezt, Zimmermann & Co. in's Schlepptau nehmen laßt und zu feige seid, in der Versammlung zu sagen: „Jetzt ist's genug, wir wollen mit unseren Gefellen verhandeln, wir wollen mit unseren Gefellen in Frieden leben“, dann heißt es: Mitgefängen — mugehangen! — Nicht die Gefellen waren es, die den Frieden nicht wollten, sondern die großen Meister, die eine Einigung hintertrieben haben. Die Gefellen waren bereit, weiter entgegenzukommen, aber die großen Meister sagten sich: Bei einem längeren Streik werden die Meinen fallen wie die Fliegen, und dann sind wir die kleinen Arbeiter los!! Herr Aniezt will es bis zum nächsten

Herbst aushalten können; ja, wenn er fortwährend in Berlin am Kongreß der Schatzmacher auf Kosten seiner Kollegen sich im Medien „üben“ könnte, glaubten wir ihm dieses, aber so muß er froh sein, wenn ihn die Gefellen bald wieder „durchfüttern“!

In der vorletzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichteten wir, daß im kaiserlichen Arbeitsnachweis in Halle Streikbrecher angeworben seien; heute können wir mittheilen, daß unsere dortigen Kollegen dafür gesorgt haben, daß keiner nach hier gekommen ist! Wir sagen auch den übrigen deutschen Kollegen unseren herzlichsten Dank für die prompte Fernhaltung des Zuguges! Unsern Dank auch den Kollegen in Hannover und Halle für die finanzielle Unterstützung im Namen der Streitenden. Der Sieg wird unser sein, denn sagte doch bei Beginn des Streiks, als sich die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht zerschlagen hatten, der Vorsitzende des Einigungsausschusses, Herr Dr. Brunner: „In diesem Kampfe wird Der Sieger sein, der über das meiste Geld verfügt!“

Und nicht allein das meiste Geld ist auf unserer Seite, sondern auch das Recht!

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Quartalschluß machen wir die Restanten unter den Verbandsmitgliedern darauf aufmerksam, daß alle Restbeiträge  $\text{M } 25$  spätestens bis 1. Juli entrichtet werden müssen. Die Zahlstellenassistenten haben die übrigen alten Beitragsmarken  $\text{M } 25$  mit der Abrechnung für das zweite Quartal an die Hauptkasse einzusenden und aus diesem Grunde keine Möglichkeit, nach Schluß des zweiten Quartals noch Nachzahlungen vor dem 1. April fälliger Beiträge anzunehmen. Diejenigen Restanten, welche die Zahlungsfrist bis 1. Juli veräumen sollten, würden also ihrer alten Mitgliedsrechte verlustig gehen. Für die Zukunft bitten wir weiter beachten zu wollen, daß nach dem neuen Statut Beitragsrückstände nur bis zu acht Wochen und Stundung nur bis zu 13 Wochen gestattet sind.

Nachstehend veröffentlichen wir wiederum die Liste derjenigen Zahlstellen, welche seit Inkrafttreten des  $\text{M } 25$ -Verbandsbeitrages vom Verbandsvorstand die Genehmigung zur Erhebung eines Sozialbeitrages nachgesucht und erhalten haben, so daß die Mitglieder in diesen Zahlstellen gemäß § 11 Absatz 2 des Statuts neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag noch den angegebenen Sozialbeitrag zu entrichten haben:

- 25  $\text{M}$  pro Woche: Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Schöneberg, Weiskensee.
- 15  $\text{M}$  pro Woche: Cassel, Gr.-Bichterfeld, Kiel, München, Spandau.
- 10  $\text{M}$  pro Woche: Altona, Blankenese, Fürth, Gaarden, Hamburg, Leipzig, Lübeck, Nowawes-Neuenhof, Wandsbek.
- 5  $\text{M}$  pro Woche: Aschaffenburg, Vernburg, Breslau, Chemnitz, Darmstadt, Dresden, Erfurt, Erlangen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. d. O., Freiburg i. B., Geringswalde, Halle, Hilbeshcim, Höchst, Hörde, Sulz, Köln, Lahr, Loitz, Lüneburg, Magdeburg, Marburg, Mühlheim a. Rhein, Nürnberg, Offenbach, Plauen, Potsdam, Rosenheim, Steglitz, Stuttgart, Töbning, Uelzen, Wilhelmshaven, Worms, Würzburg, Zehlendorf, Zuffenhausen.
- 10  $\text{M}$  pro Monat: Badnang, Bochum, Delmenhorst, Gelsenkirchen, Gera, Lehrte, Niederselitz, Birmafens, Schönberg i. M., Stralsund, Zeulenroda.
- 5  $\text{M}$  pro Monat: Finsterralde.
- 20  $\text{M}$  pro Vierteljahr: Wernigerode.
- 10  $\text{M}$  pro Vierteljahr: Girsberg, Lauterberg.

Der Zahlstelle Elberfeld wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli d. J. einen Sozialbeitrag von 5  $\text{M}$  pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Demzufolge haben die Mitglieder in Elberfeld ab 1. Juli einen Wochenbeitrag von insgesammt 40  $\text{M}$  zu entrichten.

Von der Broschüre „Warum die Beitragserhöhung?“ ist noch ein geringer Vorrath vorhanden. Diejenigen Zahlstellen, welche noch Bedarf haben, wollen ihre Bestellung umgehend einsenden.

Bestellungen auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ (bei Veränderungen der Mitgliederzahl usw.) sind stets direkt an die Expedition in Hamburg zu richten. Diesbezügliche Mittheilungen erleiden stets Verzögerung, wenn sie unrichtiger Weise an den Verbandsvorstand adressirt werden. Zu allen Bestellungen benutzt man am besten die vom Vorstande herausgegebenen Bestellkarten (Wücherzettel), welche mit Vordruck versehen sind, also nur ausgefüllt und auch nur mit einer 3  $\text{M}$ -Marke frankirt zu werden brauchen.

Bezüglich der Sozialgeschenke an reisende Mitglieder bringen wir den Beschluß des letzten Verbandstages (Seite 188 des Protokolls) hiermit in Erinnerung, nach welchem den Zahlstellen empfohlen ist: „Sozialunterstützung nur nach 13wöchiger Mitgliedschaft zu gemähren. Sie darf die Summe

der gezahlten Beiträge nicht übersteigen und muß sich unterhalb der durch 52wöchige Mitgliedschaft erworbenen Rechte halten.“

Die Auszahlung von Umzugsunterstützung kann in jedem Falle nur dann erfolgen, wenn das Mitglied die Belege über die entstandenen Umzugskosten, also den Frachtbrief und die Quittungen des Spediteurs, vorgelegt hat. Bei Umzügen nach einem Nichtverbandsort erfolgt die Auszahlung der Unterstützung durch die Hauptkasse, und sind die erwähnten Ausgabenbelege in diesem Falle an die Hauptkasse einzusenden. Wir ersuchen die Mitglieder, diese Vorschrift beachten zu wollen. Anträge auf Gewährung von Umzugsunterstützung können nur dann berücksichtigt werden, wenn sie von der Zahlstelle des Abzugsortes gestellt werden.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 39623 Josef Hagurtschek, Tischler, geb. 9. 2. 74 zu Maria Leistrig.
  - 47351 Gerhard Wehrsch, Stellmacher, geb. 20. 2. 76 zu Stabe.
  - 67796 Paul Frähdorf, Drechsler, geb. 22. 12. 83 zu Coswig.
  - 97859 Heinrich Rennau, Tischler, geb. 13. 7. 64 zu Bergedorf.
  - 110459 Karl Mieder, Tischler, geb. 27. 3. 76 zu Ludenwalde.
  - 119312 Heinrich Schmidt, Tischler, geb. 16. 8. 80 zu Güstrow.
  - 127719 Johann Böttcher, Stellmacher, geb. 4. 8. 54 zu Hamburg.
  - 129816 Max Hammer, Tischler, geb. 24. 3. 83 zu Woldenberg.
- Stuttgart, den 29. Mai 1908.

Der Verbandsvorstand.

### Sterbefaßel.

- August Ringer, Schreiner, geb. 18. 9. 67 zu Löwenstein, gest. 26. 5. 08 zu Frankfurt a. M.
- Gustav Leufinger, Tischler, geb. 11. 2. 77 zu Drauschnweiz, gest. 12. 5. 08 zu Braunschweig.
- Fritz Germer, Tischler, geb. 25. 10. 68 zu Sehlbe, gest. 25. 5. 08 zu Braunschweig.
- August Neumann, Stellmacher, geb. 24. 7. 50 zu Bahlow, gest. 28. 5. 08 zu Braunschweig.
- Theodor Leifner, geb. 11. 10. 77 zu Straßburg, gest. 25. 5. 08 zu Wehrden b. Saarbrücken.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

### Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

**Breslau.** In einer Versammlung der Partischer wies Kollege Peifert darauf hin, daß die Abzüge der im Tarif festgesetzten Preise ganz enorm seien, und daß zunächst, ehe andere Schritte unternommen werden könnten, eine Ausgleichung der im früheren Tarif angegebenen Preise erfolgen müsse.

In einer Möbelischer Versammlung wurde nachgewiesen, daß die Bezahlung der nach Zeichnung arbeitenden Kollegen eine geradezu elende sei. Die Stundenlöhne betragen 25—37  $\text{S}$ , nur sehr selten erhält Jemand 40  $\text{S}$ . Die 10 pzt., die 1900 beim Streik errungen wurden, sind längst wieder flöten, auch wird das Uffordgeld in der Höhe, wie damals festgesetzt, nicht mehr bezahlt bei Arbeiten, die zum ersten Male gemacht werden. Wahrlich, es wäre dringend zu wünschen, daß die Möbelischer ihrer Organisation ein größeres Interesse entgegenbrächten, wenn sie überhaupt noch die Hoffnung hegen, daß es besser werden soll.

In einer gut besuchten Versammlung der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter beschloß man sich mit dem Streik der Berufskollegen in Berlin. Kollege P. geißelte das Verhalten der Mahardt und Genossen, und zeigte weiter, daß die Löhne der Breslauer Maschinenarbeiter keineswegs den Anforderungen eines großstädtischen Arbeiters entsprächen. Es ließen sich nach dem Referat 70 Kollegen in den Verband aufnehmen. Das sind die Folge unseres Hauptagitators Mahardt. Möge er noch recht lange in dem bisherigen Sinne weiter für uns wirken! Folgende Resolution wurde angenommen: „Die versammelten Maschinenarbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Referenten Peifert einverstanden und versprechen, für den weiteren Ausbau der Organisation unter den Maschinenarbeitern Sorge zu tragen. Sie protestiren aber energig gegen das von vielen Tischlern beobachtete unkollegiale Verhalten den Maschinenarbeitern gegenüber. Dasselbe ist geeignet, das Solidaritätsgefühl zu vernichten.“

In einer am 20. Mai stattgefundenen Versammlung der Holz- und Metallarbeiter der beiden Aktiengesellschaften für Wagenbau (Linke und Gebr. Hofmann) wurde von den Rednern der beiden Organisationen, Holz- und Metallarbeiterverband, allgemein Klage geführt über die niedrigen Löhne, welche in beiden Fabriken gezahlt würden. Kollege Peifert führte aus, es handele sich darum, nachzuweisen, ob die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in beiden Waggonfabriken derartige seien, daß eine Verbesserung nothwendig einzutreten müsse. Um darüber Klarheit zu gewinnen, habe die Ortsverwaltung sich der Mühe unterzogen, Erhebungen unter den Arbeitern in den beiden Großbetrieben anzustellen. Das Resultat derselben zeige am besten, wie die Dinge dort stehen. Es sei keine Uebertreibung — die nackten Zahlen geben den Beweis dafür, wenn behauptet werde, daß die Lage der Tischler und Stellmacher in den genannten Aktiengesellschaften eine traurige ist. Es werden Löhne gezahlt, mit denen eine Familie nicht auszukommen vermag. Zwar haben sich bei den Ermittlungen nicht alle Kollegen betheiligt, aber doch ein großer Theil, so daß aus denselben sich ein klares Bild gewinnen läßt. Bei Linke ist der Durchschnittswochenverdienst der Tischler bei zehnstündiger Arbeitszeit  $\text{M } 22,27$ , das Kostgeld  $\text{M } 17,67$ , der Stundenlohn beträgt 57  $\text{S}$ . Geringer ist der Verdienst der Stellmacher, er beträgt im Durchschnitt nur  $\text{M } 19,48$  bei täglich zehnstündiger Ar-

beitszeit, die Stunde etwa 33/4 's. Bei Gebr. Hofmann stellt sich der Wochenlohn der Stellmacher auf M. 15,50, das Holzgeld auf M. 14, der der Tischler auf M. 21,10 in Alford, auf Lohn M. 20,40, etwa 85 's pro Stunde. Diese Löhne bedingen jedoch die volle zehnstündige Arbeitszeit. Vom Oktober vorigen Jahres bis April dieses Jahres ist aber die Arbeitszeit auf 7 Stunden reduziert worden, und dieser Kürzung entsprechend ist aber auch der Lohn geringer geworden. Mit durchschnittlich M. 17,50 werden die Tischler, mit M. 11,67 die Stellmacher entlohnt, da sei es erklärlich, daß die Arbeiter mit ihrer Lage unzufrieden sind. Aus den angestellten Ermittlungen ergibt sich auch, wie die Steuern und Miethspreise des Arbeiters in Breslau in die Höhe gehen. Auf der einen Seite die Verringerung des Lohnes, auf der anderen die Steigerung der Lebensbedürfnisse. Damit sollen die Arbeiter still zufrieden sein. Nein, der Arbeiter hat das Recht und die Pflicht, für bessere Existenzbedingungen zu kämpfen, und dieses Recht wird er sich nicht rauben lassen. Nur das Koalitionsrecht bietet dazu die Handhabe, von dem die Arbeiter den weitgehendsten Gebrauch machen sollen. Gegen das geschlossene Unternehmertum müsse auch die Arbeiterschaft ein Wahlrecht bilden; von der Gesetzgebung sei zu fordern, daß den Arbeitern in ihrem Streben nach Verbesserung ihrer Lage Hindernisse nicht in den Weg gelegt werden, wie dies leider noch oft und in harter Weise geschieht. — Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im großen Saale von Wanzel stattfindende Versammlung von über 1000 Holz- und Eisenarbeitern erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Es ist festgestellt, daß die niedrigen Löhne und die verkürzte Arbeitszeit von durchschnittlich 7 Stunden das Lebensniveau der Arbeiter tief herunterdrücken, die versammelten Arbeiter erheben hiermit Protest und verlangen von den zuständigen Behörden und Auftraggebern im Interesse der arbeitenden Bevölkerung dringende Abhilfe. Die Versammlung giebt hiermit kund, daß in Anbetracht der niedrigen Lebenshaltung der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in weitestem Maße gesichert werden muß.“

**Blomberg.** Da wir viel unter dem Zug von Stuhl- machern aus Sachsen zu leiden haben, die meinen, daß Blomberg ein Eldorado für Stuhlmacher sei, wollen wir darauf hinweisen, daß die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig lassen. Bei 66stündiger Arbeitszeit pro Woche verdient mancher Stuhlbauer nur M. 10. Als wir im Frühjahr bei drei unserer Fabrikanten vorstellig wurden um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Bewilligung des vor zwei Jahren gültigen Lohnsatzes, sind wir kurzweg abgewiesen worden. Die Fabrikanten halten uns vor, daß es bei ihnen noch viel besser sein müsse als anderswo, denn der Stuhlmacher Leipzig, der schon mehrere Male in Blomberg gearbeitet und die Verhältnisse kennt, habe sich neuerdings wieder bei ihnen zur Arbeit angeboten. Die bekannte Ausrade, wenn man einen Menschen, der vielleicht anderswo nicht zu gebrauchen ist, oder aus anderen Gründen wieder in Blomberg sein will, als Hilfsarbeiter gebrauchen muß, um nur ja höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit abzuwenden zu können. Wir ermahnen besonders die sächsischen Kollegen, die man gar zu gerne nach hier locken möchte, vorsichtig zu sein, und nicht eher nach hier überzusiedeln, als bis sie bei der hiesigen Zahlstellenverwaltung Erkundigungen eingezogen haben. Die hiesigen Kollegen aber mögen sich endlich aufrufen und mehr und eifriger sich den Verbandsangelegenheiten zuwenden, denn nur durch gemeinsames Vorgehen wird es uns möglich sein, einen Weg zu finden, der zum Besseren führt.

**Braunschweig.** Wenn die hiesigen Modelltischler bisher immer gläubten, etwas Besseres zu sein, und daß der Anschluß an eine Berufsorganisation für sie zwecklos sei, so hat sich das glücklicherweise geändert. Die Modelltischler glauben, daß, wenn sie in der Fabrik arbeiteten, sie eine sichere Existenz hätten, sie ließen sich um dieser willen denn auch manche unwürdige Behandlung gefallen und waren mit äußerst niedrigen Löhnen zufrieden, die den hiesigen Lebensverhältnissen entsprechend viel zu niedrig sind. Besonders genannt werden mag hier die Werkstatt „Braunschweigische Maschinenbauanstalt“. Diese Firma hat so oft bei Festlichkeiten und Klambim mit ihrem Stamm alter Leute gegläntzt. Thatsächlich waren bei derselben Einzelne, die eine 33jährige Tätigkeit in diesem Geschäft hinter sich hatten. Aber mit dem Einsetzen der Krise schmolz der alte Arbeiterstamm zusammen wie Butter in der Sonne. Von 34 Modelltischlern blieben ganze drei übrig; ein Beweis, daß Keiner unerfesslich ist. Jeder aber einen Rückhalt in der Organisation nötig hat. Am 25. Mai fand nun eine Modelltischlerversammlung statt, die gut besucht war. Beschlossen wurde in derselben, eine Sektion zu bilden. Wie festgestellt wurde, arbeiten in den neun vertretenen Fabriken 82 Modelltischler, von denen 48 organisiert sind. Drei Fabriken waren nicht vertreten, kommen auch fast garnicht in Frage. Die erste Sektionsversammlung förderte ein reiches Material über Löhne, Behandlung etc. zu Tage. Festgestellt wurde, daß die jüngeren Kollegen meist auf Annoncen in auswärtigen Zeitungen hin nach Braunschweig gekommen waren, daß man ihnen große Versprechungen gemacht in Bezug auf hohe Löhne, ihnen dann aber 22 und 27 's pro Stunde geboten habe, nur Einzelne hatten 37 's Stundenlohn bei dem sogenannten Lohnafford. Wir rathen den auswärtigen Kollegen dringend, doch nicht so leicht auf Annoncen hineinzufallen, sondern sich vorher erst bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen. Wir werden unsererseits nicht erlahmen, alle diejenigen Modelltischler, welche von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses noch nicht überzeugt sind, doch zu der Einsicht zu bringen, daß, wenn die Lebensverhältnisse der Modelltischler menschentwürdige werden sollen, sie selbst mit allen ihren Mitarbeitern, die in der Organisation dafür kämpfen, gemein- s a m e s a c h e m a c h e n m ü s s e n .

**Falkenstein i. Vogtl.** Es ist uns hier, dank der Mithilfe einiger Kollegen, möglich geworden, eine Zahlstelle zu gründen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Georg Selbinger, Gießelstraße 201 n. gewählt. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten. Mögen nun die gesammelten hiesigen Kollegen der Zahlstelle gegenüber ihre Pflicht erfüllen, dann wird es uns auch gelingen, hier dermaleinst bessere menschenwürdige Zustände schaffen zu können. Wir werden uns dagegen zu wehren im Stande sein, daß man uns im Winter für die gleiche Arbeitszeit wie im Sommer, einen viel geringeren Lohn giebt. Wie auf zur Agitation für den Ver-

band. Ist unsere Zahl auch noch gering, so bleibt doch wahr, viele Wenig machen ein Viel und vereinte Kräfte führen zum Ziel.

**Galle.** Die Versammlung vom 26. Mai beschäftigte sich zunächst mit den Differenzen, welche mit der Firma Schachtel bestehen. Die unsererseits angebahnten Unterhandlungen hatten zu keinem annehmbaren Resultate geführt, und beschloß daher die Versammlung, die Sperre mit aller Energie weiter zu führen, und daß diejenigen Kollegen, welche dort um Arbeit nachfragen, als Streikbrecher zu betrachten sind. Die ausständig gewordenen Kollegen stehen bis auf einen wieder arbeitslos in Arbeit. Die ledigen Mitglieder Hagemeister und Ebel hatten sich zunächst nicht mit den Ausständigen solidarisch erklärt, legten jedoch nach einer in der Versammlung vom 12. Mai erfolgten Burechtweisung die Arbeit nieder, lehnten aber in der Woche darauf in dies Eldorado wieder zurück. Der Ausbruch dieser Weiden wurde nunmehr einstimmig beschlossen. Außer diesen Weiden leisteten noch Arbeitswilligendienste die Tischler Knadmus, Kupfernagel, Poppe, Vormann, Rieder aus Könnern und Kirmad-Verlin. Diese Arbeitskräfte sind aber derartig, daß die Firma auf die Dauer mit denselben bestehen kann. Wie gut diese Leute bezahlt werden, geht daraus hervor, daß der eine dieser Helden ganze elf Mark auf die Woche erhielt, ein Anderer auf drei Tage M. 8,50. Die hiesige Zahlstelle ersuchte nun die Kollegen der umliegenden Orte, uns in der Aufrechterhaltung der Sperre zu unterstützen, bis die Firma geneigt ist, die Arbeitsverhältnisse in ihrem Betriebe zu bessern. Als zweiter Punkt der Tagesordnung standen die auswärtigen Lohnbewegungen. Der Vorsitzende, Kollege Schnabel, legte durch Vorlesung einiger Artikel der „Fachzeitung“ klar, wie unsere Arbeitgeber im Kampfe gegen den Verband stehen und forderte die Kollegen auf, die Solidarität in jeder Beziehung diesen Orten gegenüber im Auge zu behalten. Die von Kassel verbreitete Nachricht, daß von Halle 20 Streikbrecher nach dort gekommen seien, hat sich als unrichtig herausgestellt. Es wurde dann einstimmig beschlossen, die ausständigen Kollegen in Cassel mit M. 100 aus der Lokalkasse zu unterstützen. Die über die Erhöhung des Lokalausschlages vorgenommene Abstimmung ergab, daß nur 244 Zettel abgegeben wurden, davon stimmten mit Ja 121, mit Nein 118. Da keine Zweidrittel-Majorität dafür ist, gilt dieser Antrag somit als abgelehnt.

**Leonberg i. Württemb.** Wir sehen uns heute nochmals veranlaßt, die hiesige Möbelfabrik von Fettler zu dem ihr gebührenden Ruf zu verhelfen. Die schlechten Lohnverhältnisse, wovüber wir schon einmal berichteten, bestehen auch heute noch. Besonders sind es die jüngeren Kollegen, die sich dabei als Hungerkünstler ausbilden können. Uns liegen Zahltagszettel vor, wonach für zwei Wochen M. 20—26 bezahlt wurden. Dabei wird uns versichert, daß diese noch nicht die schlechtesten sind. Einem solchen Unternehmer, der sich kein Gewissen macht, seine Arbeiter so schlecht zu entlohnen und der ganzen Industrie eine unsolide Konkurrenz macht, muß gründlich das Handwerk gelegt werden. Dieses kann am besten dadurch erreicht werden, wenn der Zugzug ferngehalten wird. An die Kollegen in Württemberg und Baden richten wir dabei besonders unseren Appell. Diese mögen allerwärts die nötige Warnung erlassen, damit sich Niemand nach Leonberg anwerben läßt. — Außer den schlechten Lohnverhältnissen haben die Kollegen auch noch unter der Drangsalierung seitens des hier beschäftigten Schreibers Gruppe zu leiden. Dieser spielt sich gerne als den Werkführer auf. Vielleicht bringt er es durch seine Stehbeuterei noch einmal so weit, vorausgesetzt, daß seine Fähigkeiten dazu ausreichen. Dieser Gruppe, ein ehemaliges Verbandsmitglied und Gründer der Zahlstelle Eschelbronn, nimmt sich heraus, den jüngeren Kollegen vorzuschreiben, mit wem sie nicht sprechen sollen und hält sie auch vom Verbands ab. Dabei hat er die Frechheit, unsere ältesten Verbandsbeamten in der größten Weise zu verleumben. Wir rathen ihm aber, seine Zunge in Zukunft im Zaume zu halten, anderenfalls er doch einmal genöthigt werden könnte, für seine Klatschereien den Beweis zu liefern. Gruppe ist es auch besonders, der von auswärts die Kollegen herlockt. Für heute genügt dieses zur Schilderung der Zustände in der Fettler'schen Möbelfabrik. Hoffentlich trägt es auch dazu bei, daß die Kollegen in ihrem eigenen Interesse von derselben fern gehalten werden.

**Vörrach.** Der Geschäftsgang in unserem Orte ist nicht gut. Die Arbeitszeit beträgt 10 bis 11 Stunden, der Lohn M. 2,40 bis M. 3,40; den letzteren verdienen allerdings nur sehr Wenige. Die Organisation läßt Alles zu wünschen übrig, von 50 am Ort Beschäftigten gehören 8 dem Verband an. Die Verheiratheten sagen, daß der Verband für sie keinen Zweck habe, und die Ledigen schlagen ihr Geld in Klambim-Bereinen tot. Schlechter werden die Arbeitsverhältnisse hier noch durch den Zugzug vieler schweizerischer Kollegen und durch den großen Wechsel, der sich hier in der Bezeugung der Arbeitsstellen vollzieht. Es könnte hier viel besser sein, wenn die Kollegen es nur wollten, aber, so lange sie in der gewohnten Gleichgültigkeit jeder Organisation fern stehen, und nicht das mindeste Opfer für Besserung ihrer Lebenshaltung bringen wollen, wird es wohl noch so bleiben, wie es ist, vielleicht wird es noch schlechter. Unsere nächste Versammlung findet am 13. Juni statt in der Restauration „Zur Palme“; möchten sich recht viele Kollegen zu derselben einfinden, damit wir einmal gemeinsam berathen können, was uns zur Eringung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen noth thut.

**Neuzelle.** Die Lohnverhältnisse hier am Orte sind äußerst traurig. Es kommt nicht selten vor, daß die Korbmacher mit M. 8 Lohn nach Hause gehen und sich obendrein von ihrem Arbeitgeber verhöhnen lassen müssen, daß der Betrag noch viel zu hoch sei, fernermaßen sie davon noch Beiträge für den Holzarbeiterverband zahlen könnten. Kollegen, wenn in der bisherigen Weise, wie in dem benachbarten Fürstenberg, fortgemurkelt wird, dann wird es nie und nimmer besser werden. Dort sind von 160 Korbmachern 25 organisiert. Die Uebrigen freuen sich, wie zur Zeit des Streiks in Guben bei Beidler passirte, — daß insolge des Streiks daselbst für sie eine rege Geschäftszeit angebrochen war, konnten sie doch Streitarbeit dorthin anfertigen. Also hinein in den Verband, damit solche Selbstschädigungen ihr Ende finden.

**Nowawes-Neuendorf.** Wie schon berichtet ist, befinden sich die Tischler seit 14 Tagen im Ausstande. Wie überall, so auch wird von Seiten der bürgerlichen Presse und der Potsdamer Tischlerinnung auf die Streikenden und auf die außer-

und verleumbet. So schrieb das Potsdamer „Intelligenzblatt“ (im Volksmunde Burschblatt genannt) in Nr. 114 einen Artikel über den Tischlerstreik in Nowawes-Neuendorf, welcher von Beschimpfungen der Ausständigen strotzt. Es wird von Herrn Obermeister Eduard Schulz und dem „schlichten Mann aus der Werkstat“ (Pauli) behauptet, daß im Jahre 1900 auf Wunsch der Tischler eine Lohnaufbesserung vorgenommen wurde, den Beweis dafür bleiben sie aber schuldig. Den hiesigen Kollegen ist von einer Lohnaufbesserung nichts bekannt; wohl ist im Jahre 1899 die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden reduziert worden; soll das vielleicht eine Lohnaufbesserung sein? Des Weiteren wird behauptet, daß der Tischlerstreik von den in Berlin und dessen Vororten beschäftigten Agitatoren und Gegnern (es meint damit die Tischlergesellschaft; es kommen circa 50 Kollegen von Nowawes-Neuendorf in Betracht, welche in Berlin und dessen Vororten beschäftigt sind), in Szene gesetzt und geleitet wird, weil sie nichts zu riskiren haben, auch der Beweis ist das Blättchen schuldig geblieben. Daß zu einer Lohnbewegung keine 50 „Agitatoren“ und „Gegner“ von außerhalb erforderlich sind, kann sich Jeder denken, der mit gesundem Menschenverstand begabt ist. Das „Intelligenzblatt“ sieht nun aber einmal in Beziehungen zu dem „schlichten Manne aus der Werkstat“, Herrn Pauli, und deshalb wundert uns die Schilderung nicht. Wir betonen hier ausdrücklich, daß in einer am 16. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung, in welcher der Streik beschlossen wurde, die in Berlin und Vororten beschäftigten „Agitatoren und Gegner“, wie sie dieses Blatt nennt, sich weder an der Diskussion noch an der Abstimmung betheiligen durften. Ueber den Streik hatten nur die in Frage kommenden 28 Kollegen zu beschließen. Es wird weiter gelogen und behauptet, daß die Tischlerinnung gemeinlich mit dem Gesellenausschuß eine Sitzung abhielt, in welcher der Tarif berathen und einstimmig abgelehnt wurde. Nach dem Gesellenaußschuß ebenfalls den Tarif abgelehnt hätte; das ist aber nicht wahr, denn als der Tarif abgelehnt worden ist, d. h. vor Allem die Verkürzung der Arbeitszeit, hat der Gesellenausschuß die Sitzung verlassen und nicht mehr weiter verhandelt. Außerdem spielt, wie gewöhnlich bei anderen Unternehmern, auch hier die schwarze Liste auf Veranlassung der Scharmacher die Hauptrolle, denn es ist eine solche am 19. Mai mit der Unterschrift des Obermeisters, Hofmeistermeisters Herrn Eduard Schulz, an die Tischlerinnungen von Berlin, Spandau, Charlottenburg, Steglitz, Werder, Brandenburg, Nixdorf, Raven, Oranienburg, und an die hochwohlwollenden Mitglieder der Tischlerinnung zu Potsdam versandt mit dem Bemerken, die Streikenden nicht einzustellen. Die Namen sind auch in der „Fachzeitung“ veröffentlicht. Was die Arbeiter von dem Potsdamer „Intelligenzblatt“ und seinem Helfershelfer, dem „schlichten Manne aus der Werkstat“ zu hoffen haben, ersehen sie aus diesen Zeilen. Thue Jeder am 16. Juni seine Pflicht, damit der „schlichte Mann aus der Werkstat“, Herr Pauli (er nennt sich mit Vorliebe so), im Reichstage nichts mehr zu suchen hat.

**Oderan.** Die Firma Rauch & Müller in Sekdorf (Drechsleri) bezahlt ihren Drechslern solch niedrige Arbeitspreise, daß nur ein Wochenverdienst von M. 9 bis M. 10 herauszuschlagen ist. Für Spulen z. B. bezahlt die Firma M. 1,40 bis M. 2, für das Paar Schraufstücke 5 's. Ist die Arbeit zum Abliefern fertig, werden noch 3 pzt. abgezogen (für Material?). Die Behandlung der Arbeiter ist geradezu beleidigend; die anständigsten Schimpfworte werden ihnen in's Gesicht geschleudert. Das Handwerkszeug läßt Alles zu wünschen übrig; kein Wunder, daß kein Drechsler lange bleibt und der Wechsel daher sehr groß ist. Die reisenden Kollegen thun gut, die Firma Rauch & Müller nicht zu überlaufen.

**Eingekandt.**

**Stimmen zur Generalversammlung der Centralrauten- und Sterbekasse der Tischler etc.**

Obwohl bis jetzt nur einzelne Stimmen in die Deffentlichkeit gebrungen sind, ging doch allgemein Ihre Ansicht dahin, daß die Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse als eine Nothwendigkeit zu betrachten sei. Es wurde von früheren Einsendern schon gefordert, wie von Stein-Nürnberg und das mit Recht, daß eine Aussprache schon vor der Generalversammlung in der Presse stattfinden soll. Indem ein Widerspruch bis jetzt nicht vorhanden war, haben sich die Anhänger der Zuschußkasse auch nicht verpflichtet gesehen, weitere Stimmen abzugeben. Da aber in Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“ von Max Lohse-Altenburg die Sache als noch nicht spruchreif bezeichnet wird, wird die Aussprache wohl eine regere werden, um Beweismaterial zu bringen, daß die Umwandlung in eine Zuschußkasse unbedingt erfolgen muß. Wir haben jetzt die Jahresabrechnung von 1902 vor uns. Aus dieser geht klipp und klar hervor, daß neue Wege geschaffen werden müssen, um den vorgeschriebenen Reservefonds zu erhalten. Der Reservefonds sollte am Schluß des Jahres 1902 M. 1 845 682,66 betragen, es waren aber nur M. 1 536 897,80 vorhanden, fehlen also M. 308 785,86, welcher Fehlbetrag von Jahr zu Jahr steigt mit der stetigen Steigerung der Jahresausgaben. Wenn wir uns die Zahlen über die Jahresausgaben von 1900 und 1901 betrachten, so sehen wir, daß schon in ein oder zwei Jahren die vorgeschriebene Höhe des Reservefonds zwei Millionen Mark betragen wird, also circa M. 500 000 aufzubringen wären, welches eine Erhöhung der Beiträge und eine Erniedrigung des Krankengeldes zur Folge haben würde. Nicht mitgerechnet sind hier die erhöhten Ausgaben für Arzt und Medizin, welche mit der neuen Gesetzesnovelle von 13 auf 26 Wochen eine erhebliche Mehrausgabe für die Kasse bedeuten würde. Was die Doppelversicherungen anbetrifft, welche durch Lohse-Altenburg auf nicht 50 pzt ausmachend angegeben wurden, war nach der Statistik von 1900 und 1901 richtig, werden jetzt aber die 50 pzt. überschritten haben; aber nicht richtig ist, daß die Doppelversicherungen die Ausgaben für Arzt und Medizin, Angehörigenunterstützung, Kur- und Verpflegungskosten in Höhe von M. 418 852,72 mitbezahlen müssen, ohne für sich etwas davon in Anspruch nehmen zu dürfen oder nur sehr wenig, da nur in einzelnen Fällen die Krankheit über 13 bezw. 26 Wochen dauert.

Daß durch die Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse eine Verdrängung der Mitglieder aus derselben stattfinden ist nicht richtig. Wer versicherungspflichtig ist, tritt einer Orts-Kasse bei und versichert sich bei uns so niedrig, daß ihm die Bezahlung der Beiträge möglich ist und das Krankengeld des

Sohn nicht übersteigt. Wer nicht versicherungspflichtig ist, erhält von der Kasse entsprechend sein Krankengeld wie der Doppelversicherte bei gleicher Beitragsleistung und bezahlt seinen Arzt selbst oder tritt einem Medizinalverbande bei.

Ich glaube kaum, daß das hier Angeführte einen Widerspruch finden kann und bitte die Mitglieder genannter Kasse, dieses nochmals einer Prüfung zu unterziehen.

Karl Koberstein, Eheper.

Die Ortsverwaltung der Filiale Offenbach ist nach reiflicher Aussprache zu dem Entschluß gekommen, daß es nach den heutigen Verhältnissen und wie unsere Kasse steht, notwendig ist, dieselbe in eine Zuschußklasse umzuwandeln. Die Abrechnung vom Jahre 1902 zeigt, daß trotz der Extrabeiträge und rebuzierten Krankenunterstützung die Kasse mit knapper Noth einer Mindereinnahme untergangen ist, und wie haben die Ortsverwaltungen zu kämpfen bei Einführung von Extrabeiträgen, ganz zu schweigen, wenn Stimmen laut werden, dieselben zu erhöhen.

Von den 1247 Mitgliedern, welche die Filiale Offenbach hat, sind neun Zehntel doppelt versichert und ein Zehntel davon nicht versicherungspflichtig. Ärztliche Behandlung und Lieferung von Medizin geht auf Rechnung des Sanitätsvereins. Dieser Verein, welcher circa 5000 Mitglieder und M. 28 000 Vermögen hat, leistet enorm viel, nämlich bei 12 % Beitrag für eine Person, bei 20 % Beitrag für zwei Personen und für 30 % Beitrag für drei Personen und mehr freie ärztliche Behandlung und Medizin auf unbestimmte Zeit, ferner Brillen, Bruchbänder, röhrenförmige Bannen- und Schwitzkastenbäder, Massage, Wein- und Gummibinden, Suspensorien, Nasen- und Ohrenspritzen, Brustkasten, Mutterringe, Eisbeutel, Inhalationsapparate, unentgeltliche Ausfertigung von Impf- und Todeszeugnissen, sowie, wenn notwendig, auf Verschreibung des Kassenarztes spezial-ärztliche Hilfe, auch Zahnziehen ist frei.

Wir zahlen an diesen Verein vertragsmäßig pro Mitglied und Woche 10 %. In diesem Verein sind wir mit unserer Filiale vertragsmäßig bei Arzt und Apotheker versichert, und zwar mit einem wöchentlichen Beitrag von 10 % pro Mitglied. Von den 1247 Mitgliedern, welche unsere Filiale hat, haben 700 auf ausdrückliches Verlangen erklärt, daß sie von uns ärztliche Hilfe und Medizin beanspruchen. 547 Mitglieder, theils Doppelversicherte, theils Nichtversicherungspflichtige, wollen sich ärztliche Hilfe und Medizin anderweitig beschaffen. Die enormen Ausgaben jährlich für ärztliche Hilfe und Medizin können den Mitgliedern zu Gute kommen. Durch Umwandlung unserer Kasse in eine Zuschußklasse würden wir zweifellos an Mitgliedern gewinnen. Da wir nun zu der Ansicht gekommen sind, daß wir unter der neuen Novelle schwer zu kämpfen haben werden und schließlich doch gezwungen sind, uns früher oder später in eine Zuschußklasse umzuwandeln, so sagen wir: Besser jetzt als später.

Wir möchten die Mitglieder nebst Ortsverwaltungen, welche noch einige Erfahrungen gesammelt haben, ersuchen, ebenfalls ihre Ansichten kund zu geben, damit die Delegierten im Voraus wissen, was die Mitglieder wollen. Es würden dadurch langwierige Debatten auf der Generalversammlung in diesem Punkt vermieden und Zeit gewonnen werden für andere wichtige Angelegenheiten.

Im Auftrage der Ortsverwaltung:  
Carl Schäfer, Ortskassier.

Die 34. Wahlabtheilung hielt am Sonntag, den 24. Mai, im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart eine Konferenz ab, auf der 15 Bahnhöfen vertreten waren.

Den Hauptgegenstand bildete die Umwandlung der Kasse in eine Zuschußklasse, worüber sich nach einem einleitenden Referat des Herrn Erhard eine lebhafteste Debatte entspann. In der sich anschließenden Abstimmung waren zehn Bahnhöfe für Umwandlung und fünf für die Beibehaltung der freien Hilfskasse. Ein Antrag zur Zuschußklasse: Einführung von vier Beitragsklassen mit 30, 40, 50 und 60 % pro Woche, als Krankenunterstützung den 27fachen Betrag und als Sterbegeld den 170fachen Betrag zu gewähren, wurde einstimmig angenommen.

Als Kandidaten zur Wahl der Abgeordneten für die Generalversammlung wurden die Herren Schweikert-Helbron und Meier-Eplingen nominiert.

In drei Generalversammlungen wurde Tage lang um die Frage der Umwandlung zur Zuschußklasse gestritten, ebenso um die Mehrleistung für Doppelversicherte. Der Vorstand verwarf die Mehrleistung der Doppelversicherten stets damit, daß eine Mehrleistung für solche Mitglieder die Kasse zu sehr belasten würde. Nun auf einmal sind diese Bedenken beim Vorstand verschwunden, weil er befürchtet, daß die Anhänger für eine Zuschußklasse immer mehr werden, und die Einheit der Mitglieder in Krankenkassenangelegenheiten sich erweitert hat. Es begreift heute jedes Mitglied, daß die Ansprüche der Ärzte und Apotheker durch eine nochmalige Beitragserhöhung nebst Extrabeiträgen auf die Dauer nicht erträglich werden können, zumal nach der neuen Krankentafelstelle statt 13 Wochen 26 Wochen lang ärztliche Hilfe und Medikamente gewährt werden müssen. Heute schon entlastet die Tischlerkassen nur die Gemeinde- oder Ortskassen von ihrer Verpflichtung, ärztliches Honorar und Medikamente zu bezahlen, denn die Mehrzahl der Mitglieder ist ja doppelt versichert, in Zukunft wird es noch stärker werden. Der Entwurf II des Vorstandes kann nicht anders als Mittel zum Zweck angesehen werden, wenn man auf der Generalversammlung in Würzburg die Kasse in jetziger Form (mit den bekannten Helfershelfern) wieder unter Dach und Fach gebracht ist, dann werden die Doppelversicherten soviel erhalten, wie zuvor, nämlich nichts.

Nachdem in den meisten größeren Filialen für die Umwandlung in eine Zuschußklasse eingetreten wird, möchten wir die Verwaltungen ersuchen, bis zur Generalversammlung energisch für diese Bestimmung zu agitieren denn diesmal muß es gehen, wenn die Kasse nicht dauernd Schaden leiden soll. Wir empfehlen den Mitgliedern nach reiflicher Ueberlegung nachfolgenden Entwurf:

Beitrag:		Unterstützung:	
1. Klasse wöchentlich	30 %	1. Klasse wöchentlich	M. 8,10
2. " " "	40 " "	2. " " "	" 10,80
3. " " "	50 " "	3. " " "	" 13,50
4. " " "	60 " "	4. " " "	" 16,20

Enfacht des vom Vorstand beantragten 25fachen Betrages den 27fachen. Dies kann leichter durchgeführt werden, wenn wir mindestens eine 13wöchige Karenzzeit einführen. In den

rillichen Solalassen besteht meistens eine einjährige Karenzzeit, um so eher können wir eine vierteljährige festhalten.

Die Verwaltung der Filiale Nürnberg.  
J. A.: B. Stein.

Zu den Anträgen des Vorstandes, speziell zu Entwurf 3, Umwandlung in eine Zuschußklasse, haben die unterzeichneten Wahlabteilungen Stellung genommen. Wir unterbreiten den übrigen Wahlabteilungen folgende Anträge und ersuchen alle Bahnhöfe, in ihren Versammlungen dazu Stellung zu nehmen.

Antrag 1. Die Kasse ist in eine Zuschußklasse umzuwandeln.

Antrag 2. Eine Eintheilung in vier Klassen vorzunehmen und zwar:

Eintrittsgeld		Wöchentliche Beiträge	
1. Klasse.....	M. —,50	1. Klasse.....	M. —,30
2. " " " "	" 1,—	2. " " " "	" —,40
3. " " " "	" 1,50	3. " " " "	" —,50
4. " " " "	" 2,—	4. " " " "	" —,60

Antrag 3. Die Unterstützungsätze betragen das 26fache des wöchentlichen Beitrags.

1. Klasse pro Tag M. 1,80, pro Woche M. 7,80	
1. " " " "	" 1,78 1/2 " " " 10,40
3. " " " "	" 2,16 2/3 " " " 13,—
4. " " " "	" 2,60 " " " 15,60

Antrag 4. Neu eintretende Mitglieder sind erst nach 13wöchiger Karenzzeit unterstützungsberechtigt.

Antrag 5. An Sterbegeld zählt die Kasse:

1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
nach 1jähr. Mitgliedschaft das 160fache...	48	64	80
" 5 " " "	170	51	68
" 10 " " "	180	54	72
" 15 " " "	190	57	76
" 20 " " "	200	60	80

Noch machen wir den übrigen Wahlabteilungen den Vorschlag, möglichst Delegierte zur Generalversammlung zu entsenden, die genügend Zeit haben und vom Anfang bis zum Schluß anwesend sind, damit nicht, wie in Frankfurt a. M. 1901, verschiedene Delegierte der ersten und zweiten Sitzung nicht beizuhöhen.

Die 25., 26. und 27. Wahlabteilung,  
Bezirk Leipzig.

J. A.: S. Schreyer. P. Anders.

Leipzig, den 29. Mai 1903.

In dem Eingangs des Kollegen Stenz-Verein befindet sich eine Stelle, in der es heißt: „Eigentümlich mußte es einen an, wenn man liest, daß in Leipzig von 313 Arbeitern, von den Arbeiterinnen zu schweigen, nur 87 organisiert sind. Hierzu haben wir zu bemerken, daß es uns eigentümlich anmüthet, wenn man, wie Kollege Stenz, Artikel über die Berufsverhältnisse anderorts schreibt, ohne über dieselben genau orientiert zu sein. Wenn in der Statistik von 313 in Leipzig beschäftigten Gummiarbeitern die Rede ist, so sind hierin die Beschäftigten mit eingerechnet. Nach einer von uns im Herbst vorigen Jahres vorgenommenen statistischen Erhebung sind in Leipzig in der Hartgummibranche 112 Kollegen beschäftigt, von denen zur Zeit 95 p. Ct. der Organisation angehören. Die Beschäftigten sind Arbeiterinnen gehören nach einer mit der Organisationsleitung der Fabrikarbeiter und uns getroffenen Vereinbarung dieser Organisation an, sind aber leider nur zu einem sehr geringen Bruchtheile organisiert. Fregend einen für uns unliebsamen Einfluß auf eine event. Lohnbewegung der Hartgummiarbeiter hat diese Berufsgruppe selbstverständlich nicht. Vor wenig Wochen wurde uns von den Kasseler Kollegen gleichfalls der Vorwurf der Inbolsenz ohne die geringste Ursache gemacht. Daß wir in unserer Sache nicht faumelig gewesen sind, dürften inzwischen wohl alle Kollegen der Hartgummibranche erfahren haben. Bedauern müssen wir aber, daß die Kollegen anderorts bei Weitem nicht so fertig sind als wir, die der weiteren Entwicklung unserer Bewegung mit Muth entgegensehen können, bereit, im gegebenen Falle auch mit der That für geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. In Leipzig sind jetzt circa 300 Drechsler beschäftigt, von denen zwei Drittel im Holzarbeiterverband organisiert sind. Was das bedeutet, wird nur der ermessen können, der in den letzten Jahren Einsicht in die Drechslerbewegung Leipzigs genommen hat. Wissen, daß noch viele Kollegen der Organisation zuzuführen sind, glauben wir doch, behaupten zu können, daß wir stets unsere vollste Pflicht und Schuldigkeit gethan haben. Wir erwarten daher, daß dies nunmehr auch anderorts geschieht. Wenn in Zukunft alle Kollegen den Weg beschreiten, den uns die äußerste ungunstigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Drechslergewerbe vorgezeichnet haben, dann dürften wir auch bald für bessere Existenzbedingungen eintreten können. P. Kitzing, Leipzig.

Lariffrage der Parteilager.

Schon seit etlichen Jahren beschäftigen sich die Parteilager mit der Frage: „Wie ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen?“ und Alle sind einig darin, daß der Einzelne nichts zu erreichen vermöge, dies vielmehr einer starken Organisation überlassen werden müsse. Wenn wir nun auch durch geschlossenes Vorgehen in den verschiedenen Städten Vortheile erzielt haben, so sind dieselben leider nach kaum einem halben Jahre schon wieder flühen, und Jeder müht dann im Sinne des Unternehmers weiter, wie es nach dem letzten Streik in Frankfurt a. M. der Fall war.

Um dies zu verhüten, muß vor allen Dingen der unter den Parteilagern herrschende Egoismus und der unkollegiale Geist aus der Welt geschafft, sodann die errungenen Vortheile stets im Auge behalten werden, und nicht, wie es mit Vorliebe bei einzelnen Frankfurter und Düsseldorf Kollegen der Fall ist, die größere Arbeiten zu jedem Schundpreis anfertigen, dann ist es auch möglich, den Parteilagern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

Auch nur daran ist es uns möglich, dem vom Kollegen Naitz (München) in Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gemachten Vorschlag, betreffs Durchführung eines gemeinsamen Lohns über ganz Deutschland näher zu treten. In der letzten Sektionsversammlung der Parteilager Kölns wurde über diesen Punkt lebhaft diskutiert, und war man allgemein der Ansicht, daß dies wohl nicht möglich sei, da die Lebensweise in den verschiedenen Städten zu viele Unterschiede aufweist, wohl aber ein Tarif über Nord- und Süddeutschland durchzuführen sei.

Auch ist es wohl eher angebracht, darauf hinzuwirken, daß, falls ein Parteilager in einem Ort Arbeit ausführen

soil, wofolbst höhere Preise bezahlt werden, er dies nur zu den an diesem Orte bestehenden Preisen thun darf. Doch erklären sich die Kölner Parteilager damit einverstanden, eine Konferenz einzuberufen, in der diese Fragen besprochen werden können. Vielleicht ist es möglich, der Schmutzkonkurrenz der Unternehmer, welche doch nur auf Kosten der Arbeiter ausgeführt wird, auf diesem Wege ein Halt zu gebieten.

F. Westphal, Köln-Nippes.

In Nr. 15 vom 5. April war ein Artikel, betr. die Verhältnisse in der Stofabrik von Ansbach & Glaser in Berlin, enthalten. In den Nrn. 16 und 17 brachten sowohl die angegriffenen Chefs wie auch der Werkführer P. Lambek Richtigstellungen; Erstere unter Berufung auf das Preßgesetz, Letztere ohne dieselbe. Auf die Berichtigung der Firmeneinhaber hatten die Unterzeichneten sofort eine Entgegnung eingekauft, die aber nach Erscheinen des 2. fachen Artikels zurückgezogen wurde, um gegenüber den 2. fachen Behauptungen, derselbe ist Mitglied des Verbandes, erst eine nochmalige Klarstellung vorzunehmen. Es fand inzwischen eine Vertrauensmännerziehung der Branche statt, in welcher nur diese Frage behandelt wurde. Bei dem heftigen Auseinanderplatzen der Geister konnte die Angelegenheit nicht genügend geklärt werden. Am Sonnabend, den 23. d. M., fand eine Sitzung der Branchenleitung statt, zu welcher sämtliche Betheiligte eingeladen und zum großen Theil auch erschienen waren. In dieser Sitzung wurde jeder einzelne Punkt des Artikels verlesen und die Begründung desselben als auch die Entgegnung des Werkführers entgegengenommen. Durch dieses korrekte und unparteiische Verfahren wurde festgestellt, daß durch die Einführung der Akkordarbeit es in der Natur der Sache lag, daß fortgesetzt Differenzen bezüglich der Akkordlöhne vorhanden waren. Da nun der Werkführer früher selbst in der Gewerkschaft agitatorisch thätig war, ist es selbstverständlich, daß hierbei die Meinungen des Oesteren heftiger als notwendig aufeinander platzten. Bezüglich des zweiten Punktes, betr. Ueberstunden, wurde auch die Wahrheit dieser Behauptung erwießen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß bei den Verhandlungen der Kollegen mit den Firmeneinhabern der Werkführer nicht zugegen war, also die Drohung für die Zukunft bei Verweigerung der Ueberstundenarbeit nicht kannte. Auch der weitere Vorwurf, betr. Einstellung anderer Arbeiter und Korrespondenz behufs Neueinstellung, trotzdem nur für die Beschäftigten genügende Arbeitsgelegenheit vorhanden war, wurde erwießen durch Aussage der Kollegen, daß in der kritischen Zeit die Kollegen Pseudorf und Lange mit dem ausdrücklichen Hintweis eingestellt worden sind, eventuell neun Stunden täglich zu arbeiten. Mit Hilfe von Lange sollte unter Zugrundelegung der Akkordlöhne anderer Betriebe ein reduzierter Akkordtarif seitens der Firmeneinhaber festgesetzt werden. Aber auch diese Vorgänge spielten sich zum Theil hinter dem Rücken des Werkführers ab. Die weitere Behauptung endlich, verkürzte Arbeitszeit betreffend, ferner die behauptete Beschäftigung der Hausarbeiter, die Einführung von Neuerungen bei den Schleifern und Holzern, zum Schluß endlich die Behauptung, daß von der einen Kategorie verlangt wurde, sich den ganzen Tag zur Verfügung zu stellen, während andere Kategorien, nachdem die Arbeit alle war, nach Hause gehen konnten, entspricht vollständig der Wahrheit.

Betreffend die Entgegnung des Werkführers Lambek ist festgestellt, daß ein Arbeiter, der zuletzt eingestellte Pseudorf, mit M 27 Wochenlohn beschäftigt wurde, und zwar zu einer Zeit, als die anderen Kollegen vier Stunden pro Tag arbeiteten.

Nach unparteiischer Beurtheilung muß gesagt werden, daß der Artikel den Thatsachen entspricht. Wenn Herr Glaser versuchen wollte, Verhältnisse der Betriebe Noa bei sich einzuführen, dann war es selbstverständlich, daß dieses Vorgehen entsprechende Zurückweisung erfahren mußte. Es wurde aber auch gerügt, daß die Kollegen dort die Arbeit verließen. Sie mußten im Gegentheil aushalten bis zum Schluß, und wenn die Ortsverwaltung auch alle Tage hätte interveniren müssen. Gätten die fortgesetzten Antempelungen der Fabrikleitung zum Bruch geführt, dann wäre der Kampf bis auf das Aeußerste durchgefochten worden. Aber haben auch die Kollegen nahezu alle dem Betrieb den Rücken gefehrt, so ist doch Vorfrage getroffen, daß von den jetzt dort Beschäftigten nach wie vor Versuche zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zurückgewiesen werden. Im Uebrigen werden wir versuchen, festzustellen, auf welche Einflüsse die scheinbare Mafregelung einzelner früher dort beschäftigter Kollegen zurückzuführen ist.

Die Branchenkommission der Stofarbeiter  
(Zahlstelle Berlin).

Aus den Berichten der Holzbranche.

Mit der elenden Bezahlung der Delmenhorster Linoleumarbeiter läßt sich eine Dividende von 10 p. Ct. nicht gut in Einklang bringen, und doch hat thatsächlich die Gesellschaft deutscher Linoleumwerke „Gansa“ im Jahre 1902 bei einem Aktienkapital von M 2 400 000 einen Reingewinn von M 271 244 erzielt, der in Höhe von 10 p. Ct. Dividende zur Vertheilung gelangt.

Die Aktionäre, die ihr Geld in Gummifabriken angelegt haben, machen einen guten Rebbach. Die Firma Philipp Penin, Gummimaaerenfabrik, A.-Ges. in Leipzig-Plagwitz, hatte im Jahre 1902 einen Reingewinn von M 368 951 aufzuweisen. Nach reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen konnten wieder 18 p. Ct. Dividende zur Vertheilung gelangen.

Keine Existenz mehr in der Korfindustrie. Ein Korfindustrieller G. G. stellt in der „Korfindustrie-Zeitung“ folgende Frage: „Können bei den jetzigen hohen Korfindustriepreisen nicht endlich die Verkaufspreise für alle Sorten Korie etwas erhöht werden? Der jetzige Verdienst ist ein so unlehrender, daß man nicht mehr seine Existenz findet oder mäßige Verzinsung des Betriebskapitals hat.“ Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Korfindustrieller, John Gutzmann, giebt ihm darauf folgende Antwort: „Es ist bedauerlich, daß die deutschen Korfindustriellen nicht den Muth haben, die Preise um circa 10 p. Ct. zu erhöhen! Es könnte dies um so mehr geschehen, als seit einiger Zeit die aus Spanien und Portugal fertig bezogenen Korie auch

theurer sind als früher, oder — was auf dasselbe herauskommt — bei derselben Preislage in der Qualität und Formung schlechter geworden sind, und zwar auch um circa 10 pSt. — Also, Kourage, Kollegen, Preise erhöhen!"

Mit diesem Rath dürfte dem kaum seine Existenz findenden Fabrikanten kaum gebient sein, würde er jetzt alle in die Preise erhöhen, würde er um so früher der Konkurrenz erliegen, was einzelnen Großfabrikanten gewiß nicht ganz unlieb wäre; lieber aber wäre es ihnen noch, wenn all' die Kleinen Krebser verschwinden würden, dann wäre es für die paar Großen eine Kleinigkeit, die Preise um 10 pSt. zu erhöhen, so aber traut Einer dem Anderen nicht über den Weg.

Der Verband an sich hat gewiß gar keine Zeit, sich um die materiellen Interessen des Gewerbes zu kümmern, ihm scheinen andere, wichtigere Ziele vorzuschweben, macht er doch bekannt, daß sich der Verband deutscher Korkeinindustrieller dem „*Union der Industriellen*“ angeschlossen hat. Inzwischen nimmt die Einfuhr spanischer und portugiesischer Korke in Deutschland immer mehr zu, und die Existenzverhältnisse in Deutschland werden dadurch noch ungünstiger beeinflusst. So betrug die Einfuhr ausländischer Korke im ersten Vierteljahr 1902 im Werthe 6 846 000 Pesetas, im ersten Vierteljahr 1903 dagegen 7 563 000 Pesetas. Der Werth der Einfuhr stieg also um fast eine Million in einem Vierteljahre, und das, trotzdem ein ziemlich hoher Zoll auf ausländische Korke gelegt ist. Ob die Einfuhr sich verringern wird, wenn nach den im neuen Zolltarif festgesetzten höheren Zollsätzen Handelsverträge zu Stande kommen, weiß man heute noch nicht, das Eine steht aber fest, wie sich auch in der nächsten Zeit die Dinge gestalten mögen, die deutsche Korkeinindustrie geht den Krebsgang, weil sie ihren Rohstoff aus dem Auslande beziehen muß und die Korkeholz produzierenden Staaten es in der Hand haben, die Ausfuhr nach anderen Ländern abzuschneiden.

Ein weiterer Umstand, welcher der Entwicklung der Korkeinindustrie nicht günstig ist, ist die Ausdehnung des Gebrauchs der Patent-Gummiberschlässe. Wir geben zu, daß diese in hygienischer Beziehung Vieles zu wünschen übrig lassen, aber die Beseitigung, oder richtiger das Verbot derselben bedeutet die Schädigung zweier anderer Industrien, was uns allerdings nicht hindern könnte, unbedingt der Beseitigung der Gummipatentverschlässe zuzustimmen, wenn wir auch nicht glauben, daß dadurch die Lage der Korkearbeiter wesentlich gehoben würde. Den Löwenantheil an einem wirtschaftlichen Aufschwung dieser Industrie würden immer nur die Unternehmer haben, so lange es den Arbeitern nicht gelingt, durch starke Organisationen ihnen einen Theil des Unternehmergewinnes durch Erlangung höherer Löhne streitig zu machen. Dazu scheint aber in den Kreisen der Korkearbeiter sehr geringe Neigung vorhanden zu sein.

Der Niederländische Möbelfarbeiterverband hat in den Pfingstfeiertagen in Utrecht seinen Verbandstag abgehalten. Es lagen dem Verbandstag Anträge vor über die fernere Gestaltung der Organisation, über die Herausgabe einer Agitationsbrochure, über Veranstaltung statistischer Erhebungen über Löhne und Arbeitszeit, über zweimaliges Erscheinen des „*Neubelmeesters*“ (bis einmal im Monat) u. A. Wir werden auf die Verhandlungen noch zurückkommen.

### Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Tischlermeister in Posen, die durch den Ausstand der Gesellen, der nun schon mehrere Wochen andauert, in arge Verlegenheit gerathen, nichtsdestoweniger aber keinerlei Zugeständnisse machen wollen, haben sich in ihrer Noth, wie uns aus Krakau gemeldet wird, nach dort gewandt, um sich Erlass zu schaffen. Es ist ihnen auch thatsächlich gelungen, in Krakau Gesellen anzuwerben, denen sie natürlich die größten Versprechungen gemacht haben, auch wurde ihnen bereits Vorzahlung gezahlt, wofür sie sich kontraktlich zur Annahme der Arbeit verpflichten mußten. Die angeworbenen Gesellen sollen in den nächsten Tagen von einer Delegation der Posener Meister abgeholt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer, wie dies bereits früher geschehen, versuchen werden, Gesellen, die von dem Posener Streik Kenntniz haben und ihren Kollegen nicht in den Rücken fallen wollen, nach anderen Orten zu locken und sie von dort aus alsdann nach Posen zu schaffen. Unser Krakauer Bruderorgan warnt vor Zugang von Tischlergesellen nach Deutschland.

**Pinselfabrikant Kaufmann in Lanterberg**, dessen Name schon seit langer und oft in der „*Holzarbeiter-Zeitung*“ — am Branger stand, hat, wie schon in letzter Nummer berichtet, den Vertrauensmann seiner Arbeiter kurzerhand entlassen, weil er Namens derselben die Abstellung einiger Mißstände forderte, die selbst im Interesse des Herrn Kaufmann lagen. Sämtliche Arbeiter haben am 22. Mai gegen sechs Lebtage abgerüstet. Kaufmann hat nun an sämtliche Pinselfabrikanten folgendes Schreiben gesandt:

„Im Interesse der Pinsel- und Borstenfabrikanten erlaube ich mir, Ihnen die Mittheilung zu machen, daß die auf beiliegendem Zettel bezeichneten Borstenzurichter heute widerrechtlich die Arbeit bei mir verlassen haben, und zwar aus dem Grunde, weil ich dem organisirten Borstenzurichter Friedrich Sch. am 19. d. M. per 5. Juni wegen fortgesetzten Aufhebens seiner Kollegen gegen mich kündigte. Ich ersuche Sie höflichst, im eigensten Interesse, von den Aufgehörten Keinen in Ihrem Betriebe aufnehmen zu wollen, und bin eventuell zu weiteren Auskünften gern bereit. Hochachtungsvoll S. Kaufmann.“

Auf dem beiliegenden Zettel sind die Namen der 19 Arbeiter enthalten, die gekündigt resp. die Arbeit niedergelegt haben.

Die nächsten Tage werden zeigen, ob Herr Kaufmann, der nicht Nachmann ist, überhaupt begreift, was in seinem Interesse zu thun notwendig ist. Sein nach Scharfmacherei duftender Brief wird ihm ja nichts nützen, im Gegentheil noch mehr schaden.

**Zur Aussperrung der Tischler bei der Firma Kenzler, Möbelfabrik in Mookau bei Leipzig**, wird uns geschrieben: Es ist insofern eine Aenderung eingetreten, als einzelne Aussperrte von dem Unternehmer-Arbeits-

nachweis Arbeit zugewiesen bekommen haben, natürlich, nachdem Herr Kenzler seine „*Austimmung*“ dazu gegeben hatte. Das „*Machtgefühl*“ dieses Unternehmers wird noch durch die „*harte*“ Behandlung der eingetretenen Arbeitswilligen besonders charakterisirt. Dieselben werden von der bekannten Maßregelungsstelle in der Radhofsstraße Sonnabends angenommen mit dem Bedenken, am Sonntag den Herrn Kenzler sicher im Geschäft anzutreffen.

Gerablassend werden dann dort die Anzuwerbenden in den Fabrikalen herumgeführt und ihnen anempfohlen, am nächsten Morgen sich ja zur Arbeit einzufinden und besonders Licht zu geben auf die Aussperrten, damit man dieselben schleunigst der Behörde denunziren könne, wenn sie etwa den Versuch machen sollten, die Anzuwerbenden aufzuklären. Daß die polizeilichen Organe als neues Ausrottungsstück Ferngläser bei sich führen, um auf den weiten Pluren die Aussperrten besser beobachten zu können, sei der Vollständigkeit halber mit erwähnt.

Wird aber nun so einem Angeworbenen klar, wo er hingerahten ist, und sucht Gelegenheit, mit anderen Beschäftigten zu reden, so wird ihm das von den Vorführern unmöglich gemacht; will er dann die Stelle verlassen, so wird ihm erst freundlichst zugeredet, doch nicht zu gehen; hilft auch dieses nichts, so kann er dann im Comptoir seine Papiere holen, bemerkt aber dort zu seinem Erstaunen die Anwesenheit eines Schutzmannes, in dessen Gegenwart er nochmals ausgefragt wird, ob und von wem er „*aufgehört*“ worden sei. Mit welchem Recht sich die Beamten als Aufpasser in die Comptoirräume holen lassen, ist uns unerfindlich; nicht weniger auffallend ist auch, daß die Ueberschreitung der gesetzlichen Beschäftigungszeit der Arbeiterinnen noch nicht bemerkt worden ist.

Während es sonst höchst militärisch schneidig hieß: „*Wem etwas nicht paßt, kann gehen*“, sind vor einigen Tagen die lieben, sorgsam behüteten Arbeitswilligen im Zeichenraum versammelt worden, um sich von Herrn Fröhlich ermahnen zu lassen, etwaige Wünsche in Bezug auf Werkzeug zu thun ja mitzutheilen und ja nicht gleich fortzulassen. Wer die sonst so schneidig auftretenden Herren kennt, wird sich bald eines tiefen Mißgeföhls über die Salamität, in der sie sich befinden mögen, kaum erwehren können.

**In der Möbelfabrik des Herrn W. Schulz in Tilsit** haben am 28. Mai 27 Tischler die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Ausstand bei der Firma Schumacher in Grünstadt besteht fort. Auf Unterhandlung läßt sie sich nicht ein. Wie mitgeteilt wird, waren in einer Versammlung auch die beiden Werkführer Maier und Kriebel anwesend. M. hatte die Kühnheit, zu fragen, was er den ehemaligen Kollegen gelhan habe! Und doch weiß er, daß gerade er es war, der, seit er in die jetzige Stelle einrückte, die Akkordpreise um die Hälfte des früheren Betrages, nämlich für Kleinschrank von M. 7,50 auf M. 3,50, heruntergebracht hat. Was sonst der Herr sich noch Alles vorgenommen hat, nämlich die Organisation zu sprengen, mag er sich ruhig aus dem Kopfe schlagen; das bringt er nicht fertig. Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

### Gewerkschaftliches.

Eine Instrumentenarbeiter-Konferenz soll am 7. Juni in Graßlig (Böhmen) stattfinden, in der über eine eigene Organisation der Instrumentenmacher verhandelt werden soll. In der Arbeiterzeitung „*Freie Worte*“ schildert ein Kollege, wie eine Verbesserung der Löhne der Gehülften sowie eine bessere Lage herbeigeführt werden könne. Er sagt: Wenn man unsere Werkstätten etwas näher in's Auge faßt, müssen wir zu dem Resultat kommen, daß mit der Lehrlingszählerei endlich einmal gebrochen werden muß, um wieder tüchtige Gehülften heranzuziehen, denn jetzt sind ja nur noch Bestandtheilarbeiter vorhanden. Der Lehrling kommt in eine Fabrik oder zu einem Meister in die Lehre, da bekommt er einen Gegenstand zum Arbeiten und bei dem bleibt er größtentheils sitzen; daher kommt es, daß er, wenn die Lehrzeit vollendet, sich um einen billigeren Lohn anzubieten gezwungen ist und dadurch seine anderen Mitgehülften gewaltig schädigt, denn der Fabrikant fragt heute nicht mehr darnach, ob er ein tüchtiger erfahrener Arbeiter ist; er geht nur darauf aus, sich womöglich immer billigere Arbeitskräfte zu verschaffen, und das wird unterstützt durch die Bestandtheilarbeiter. Als solcher braucht man sich nicht erst drei bis vier Jahre ausbeuten lassen, das kann man auch ohne Lehrzeit vollenden; denn wenn man nur einen Artikel in der Hand hat, so bekommt man eine große Fertigkeit darin; man erzeugt täglich mehr. Schließlich ist es Akkordarbeit, der Lohn wird gedrückt und der Fabrikant hat doppelten Nutzen. Darum weg mit dem Akkordsystem! Es werden dadurch nicht nur die Arbeiter, sondern auch die kleinen Meister geschädigt, welche letztere ja so nur noch dem Namen nach begehren; sonst im richtigen Sinne sind sie ja auch nichts als Heimarbeiter. Daher wäre es an der Zeit, sich mit den Gehülften solidarisirte zu verbinden, und gemeinsam in Allem zu kämpfen. Wo sie sich besonders vereinen sollten, das ist im Punkte Lehrlingsprüfungen. . . . . Dann wäre auch die Einführung eines ordentlichen Minimallohnes dringend notwendig, da dadurch nicht nur der Gehülfe bessere Löhne erzielen könnte, sondern auch die Schmutzkonkurrenz der Meister von selbst nach und nach aufhören würde.“

Man wird zugeben müssen, daß es in deutschen Werkstätten dieser Branche nicht besser ist und Abhilfe ebenso nöthig wäre.

### Literarisches.

Die illustrierte Romanbibliothek „*In Freien Stunden*“ ist jetzt bis zum 21. Heft erschienen, in dem die Fortsetzung des volkstümlichen Romans des ungarischen Dichters M. Jokai „*Der Goldmensch*“ und der schlichten Erzählung „*Frau Therese*“ von Erdmann-Charian enthalten ist. Mit dem nächsten Heft beginnt eine Erzählung von Emil Zola „*Der Sturm auf die Mühle*“.

Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 s. Bestellungen nimmt jeder Kolporteur, sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die Post (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3856) entgegen. Wir können unseren Lesern das Abonnement empfehlen.

**Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern.** Wer sie zahlt und wem sie nützen. Eine neue Agitationsbrochure ist unter diesem Titel im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen.

Der Verfasser bringt den Nachweis von der die Lebensmittel vertheuernden Wirkung der Zölle und indirekten Steuern; er zeigt, wie jede Erhöhung der Zölle auf die nothwendigsten Gebrauchsgüter eine Verschlechterung der Lebenslage des arbeitenden Volkes nach sich ziehen muß, wie die indirekten Steuern also kulturfeindlich sind, und deshalb von jedem Volksfreunde bekämpft werden müssen.

Die leicht verständliche Darstellung des behandelten Gegenstandes macht die Schrift für die Wahlagitation in Stadt und Land besonders geeignet.

Der Einzelpreis ist 10 s. — Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69.

Das Protokoll des 2. Deutschen Krankenkassenkongresses am 15. und 16. März 1903 in Berlin ist erschienen. Dasselbe umfaßt 203 Octav-Seiten, ist übersichtlich zusammengestellt und bringt neben dem stenographischen Auszug der Verhandlung die Regierungsvorlage zur Abänderung der Novelle, wie sie dem Reichstag zur Verathung vorgelegen hat. Einzel-Exemplare 80 s., in Partien billiger. Zu beziehen von der Zentralkommission der Krankenkassen, Berlin SO., Engelauer 15 III.

**Wen soll der Arbeiter wählen?** Ein Wahlaufruf an die Arbeiter in Stadt und Land, in dem der Verfasser, Genosse Richard Galtner, die Jagdsten und Saumseitigen aufruft, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. In gedrängter Kürze schildert er die Gefahren, die dem deutschen Volke, vor Allem aber dem Arbeiter erwachsen, wenn im neuen Reichstag die reaktionären Parteien die Oberhand haben. Er wendet sich aber auch an die Kleinhandwerker, die kleinen Kaufleute und den kleinen Landwirth und erbringt ihnen den Beweis, daß ihre Interessen mit denen der Arbeiter übereinstimmen. Nicht die Vertreter des Besitzes, sondern die Sozialdemokraten wahren ihr Interesse.

Der Einzelpreis ist 10 s. Bestellungen sind zu richten an die obige Buchhandlung.

### Briefkasten.

- \* Welche Fabrik liefert fertige Holzjärge und geflehte Sargtheile.
- \* Welche Fabriken liefern zahnräderartige Geräthschranke.
- \* Wer kennt einen Thüren-Gährungs-Schneideapparat und wo ist ein solcher zu beziehen.
- \* Welche Firma fertigt Modelle für Zement-Falzdachsteine.
- \* Wer liefert Garderobenhälter an Wiederverkäufer.

**Lörrach, W.** Vor allen Dingen darf das Holz nicht kraus oder widerpenstig und dann gut trocken sein; dann ist jedes Krümmwerfen nach dem Schneiden ausgeschlossen.

**Rastatt, R.** Erst heute kommt mir Ihr Brief zu Gesicht. Leider kann der Mann nichts machen. Wenn er nicht Sicherung des Lohnes ausgemacht hat bei Uebernahme des Akkords, muß er ihn für den vereinbarten Preis fertigstellen.

**Berlin, P. S.** Vorher mit Papier belegen; starker Gummileim verwendbar. Ein anderes Mittel giebt es nicht.

**Leipzig, S. U.** Aber lieber Freund, woher sollen wir denn alle die Geheimnisse der Lackfabrikanten wissen? Das verräth uns Niemand. Parquetfußbodenpolitur erhalten Sie bei Herrn Paul Horn, Hamburg. Die „*Drogisten-Ztg.*“ ist uns nicht bekannt. Wie Steinholzfußboden hergestellt wird, sagt uns vielleicht Jemand, der damit zu thun hat.

**Straubing, L. P.** Sehen Sie Nr. 21 der „*Holzarbeiter-Ztg.*“ nach, da finden Sie eine Adresse einer für Sie zweckmäßigen Schule.

**D. S. 100.** Welche Firma Diamantstahl-Sägenblätter liefert? Stellmacherwerkzeuge liefert Herr Herm. Lemke, Berlin O 3, Münzstr. 27. Wer kennt das Werk: „*Praktischer Berliner Plan- und Wagenbauzeichner-Unterricht*“ von Gustav Leber? Auch ein gebrauchtes wird gekauft.

**Hannover, S. Sp.** Möbelverzierungen aus gepreßtem Holz? Meinen Sie Massiverzierungen? Solche erhalten Sie bei S. Wobben, Hamburg, Thalstr. 59.

**Milheim, B. R.** Sidorholz zu Hammerstiele? Bei Walbecker & Freitag, Düsseldorf, Burgstr. 28 und Th. Nagel, Hamburg 4, Kellner & Wirt, Bremen 3.

**Landau, L. F.** Das wissen wir momentan auch nicht.

**K. K. in D.** Das dürften Sie wohl kaum von Jemandem erfahren, es müßte sich dann schon Jemand des Verraths von Fabrikgeheimnissen schuldig machen.

**Villardquenesfabrik?** J. B. Dorfelder in Mainz. **Speyer, S.** Für das Zerpringen der Gläser tragen Sie keine Verantwortung. Ein Schabenerzatz kann von Ihnen nicht gefordert werden; das könnte nur dann geschehen, wenn eine absichtliche Zertrümmerung stattfand.

### Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 3 in Hamburg.)

Vom 16. bis 30. Mai gingen folgende Gelder ein: Kiel M. 600, Altona 500, Berlin M. Hamburg I, Weikensee je 400, Hamburg V 350, Gotha, Bremen je 300, Osterwieck 235, Büschburg, Bankow, Trebbin, Espingen, Charlottenburg, Mookau, Düsseldorf, Bodenheim, Gaarden, Sellenhausen, Striesen je 200, Landau, Wangen, Neu-Jenburg je 150, Schütz, Schleswig, Coburg, Kleinhausen, Forzheim, Neumühlen, Neu-Allm, Klein-Krohenburg, Arnstadt, Briesa, Eridenich je 100, Paffenwiesbach 70, Achersleben, Niederröhlstadt je 60, Widenheim, Dörnberg je 50. Summa M. 7525.

Vom 16. bis 30. Mai erhielten Zuschüsse: Berlin E M. 600, Dresden-M. 400, Bürgel, Frechenheim, Münden, Kaiserlautern, Bonames, Untergrüne, Welschnereuth je 200, Lehr 250, Dünsburg, Wehringhausen, Niederwehren je 150, Senzen 125, Frankenthal 115, Worms, Kulmbach, Zuffenhausen, Bensheim, Altona, Birna, Offenburg, München-Gladbach, Rosenheim, Sand, Hagen, Schwela, Burggräfenrode, Zwickau, Dürkheim, Zimernau je 100, Weitzhöchheim 80, Neue Neudorf 75, Febrhausen 70, Dortmund, Freiburg i. Schl., Weklar je 50, Lippolds-hausen, Wetterzeube je 40. Summe M. 5395. Krankenumterstützung für Einzelmitglieder wurden durch die Hauptkasse bezahlt M. 2051,51.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

**Berichtungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

**Altona.** Am Mittwoch, 10. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. Christiansen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Die Antwort der Innung auf die Einreichung des Alfordtarifs für die Wautschler. 2. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

**Braunschweig.** Sektion der Mobelltschler. Montag, 8. Juni, Abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Düsseldorf.** Dienstag, 9. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8. — Sektion der Mobelltschreiner. Samstag, den 8. Juni, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Köhlerstr. 26.

— Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, bei Georg Fischer, Adlerstr. 44.

**Gesfacht.** Sonnabend, den 6. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei F. Petersen. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Verschiedenes.

**Halberstadt.** Sonnabend, den 13. Juni, bei Frankemann, Westendorf 25.

**Anzeigen.**

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Straßburg i. G.** Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Herberge sich nach wie vor in der Centralherberge, "Bäckerherberge", Alte Kornstraße 1, bei Ww. Schwab, befindet. Ebenfallselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

**Worms.** Der Arbeitsnachweis befindet sich von jetzt ab im Gewerkschaftshaus, Mainzerstraße 19, wofolbst auch Abends von 7 bis 8 1/2 Uhr Reiseunterstützung ausbezahlt wird. Wir bitten die durchreisenden Kollegen, unseren Arbeitsnachweis zu benutzen.

**Langenöls.** Bevollmächtigter Herrmann Horstke, Mittel-Langenöls 136.

**Berlin.**

**Achtung, Holzarbeiter!**

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.

**Zentral-Arbeitsnachweis**

der

**Holzarbeiter aller Branchen**

wie Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher, auch für Stockarbeiter, Perlmutterarbeiter u. Kammacher befindet sich

**Engel-Mser 15,** Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Dafelbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge.

Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Dem Tischler Julius Schacht, Buch-Nr. 23 971, eingetreten 5. Oktober 1893 zu Dresden, sind seine jämmtlichen Papiere, Drietafche und Mitgliedsbuch auf der Wanderschaft nach hier abhanden gekommen. Sollte jemand von den Papieren Gebrauch machen, so bitten wir, den Besitzenden anzuhalten und der Polizei Anzeige zu erstatten.

Die Ortsverwaltung Silenburg.

**Aufforderung.**

Die Holzdrechsler Rudolf und Emil Stinski werden gebeten, ihre Adressen an Fritz Stinski, Färber in Coblenz a. Rh., Schlachthausstr. 27, gelangen zu lassen.

Der Tischler Julius Lebert, geboren 24. Januar 1882, Buchn. 132 125, wird ersucht, seine Adresse an seine besorgten Eltern gelangen zu lassen. Kollegen und Verwaltungsbeamte, welche über den Aufenthalt desselben Auskunft geben können, werden gleichfalls darum gebeten.

**Engelbert Lebert,** Hausen b. Aschaffenburg, Post Kleinwallstadt.

**Berwaltungsstelle Waldenburg.**

Sonntag, den 14. Juni:

**Ausflug nach Dittmannsdorf**

(Wehner's Brauerei).

Sammelplatz für die Waldenburger Kollegen: Anfer, 1 1/2 Uhr, und für die Altwasser Kollegen Sammelplatz: "Weißes Hof". Zusammenreffen punkt 2 Uhr, dann über Hedraufendorf. In zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Berwaltungsstelle Braunschweig.

Sonntag, den 14. Juni:

**Gr. Sommer-Vergnügen**

im „Hoffäger“, Wolfenbüttelerstraße. Hierzu ladet freundlich ein Das Festcomité. NB. Mitgliedsbücher mitbringen.

Gesucht zwei tüchtige Tischlergesellen bei bauernder Arbeit.

**W. v. Henne,** Tischlermeister, Brunshüttelhasen.

**Tüchtige Buffettischler** gesucht. **Möbelfabrik R. Saalfeld,** Helmstedt.

Tüchtige Holzarbeiter für Kreis- und Bandsäge zur Herstellung von Bürstenbölgern sucht **H. Dinnendahl, Wefel.**

Ein tüchtiger, zuverlässiger Stellmachergeselle, selbstständiger Arbeiter, wird für sofort gesucht von **Peter Becker,** Schmiedemeister, Tholey, Bez. Trier.

Tücht. Dreher, auf Querholz geübt, bei gutem Lohn gesucht. **Goldmann & Jamin,** Holzgalanteriewaaren-Fabrik, Oberursel b. Frankfurt a. M.

2 tüchtige, jüngere Korbmachergesellen auf Mattarbeit finden sofort Stellung. **Paul Winkler,** Herrschdorf bei Hirschberg i. Schl.

**Tüchtige Korbmacher** auf grün Gefchlagen sucht **Ernst Weise,** Naumburg bei Kößgenbroda i. Sachsen.

**Korbmacher** auf grün Gematt sucht. **Franz Thiele,** Ripperwiese a. d. D. (Wonnern).

**Korbmachergeselle** für Gestellarbeit und im vorkommenden Fall auch für Gefchlagen und Roharbeit sofort gesucht. **Berg & Schulz,** Flensburg.

2 junge Korbmachergesellen auf Strandkörbe sucht sogleich **Gottf. Wollé,** Bergen auf Rügen.

Ein älterer, solider Bürstenmacher, der selbstständig arbeitet, etwas Bohren und Holzwerk versteht, und ein jüngerer auf Bechen, Mischen und Einziehen, auf sofort oder später gesucht. **G. Rehberg,** Bürstenmachernstr., Sameln.

**!Holzschugmasse!**

Zum Verkaufe unserer Holzschugmasse, ausgezeichnet gegen Austrisse, suchen wir tüchtige Vertreter gegen Provision.

**L. & E. Vollmuth,** Deggendorf (Niederbayern).

**Hobelbänke**

aller Art fabrizirt und giebt billig ab **Hermann Gorik, Werkzeugfabrik, Riegnitz i. Schl.**

Preisliste mit Abbildungen gratis u. franko.

**Ia Korbmacherwerkzeuge.**

**Richard Sandfeld,** Hamburg-St. P., Binnaßberg 16/17.

**Tischler-Fachschule Detmold**

Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

**Der Praktische Tischler.**

Handbuch d. ges. mod. Bau- u. Möbelfischerei von H. Walds. Leit. d. Tischlerschule Warmbrunn.

600 S. Text, 758 Abbild., 80 Tafeln. 2 bielfarb. Modelle: Gasmotor mit Antrieb einer Kreismaschine, Kleider- u. Wäschestrahk. Preis eleg. geb. M. 18.

Die „Holzarbeiter-Zg.“ beurtheilte das Werk in Nr. 26 vom 29. 6. 02 wie folgt: „Wer sich etwas wirklich Gutes u. Gediegenes anschaffen, seine Kenntnisse bereichern u. sein Fortkommen fördern will, der kaufe sich das Buch Der Prakt. Tischler.“

**Arthur Gasch,** Gewerbe-Buchhdlg., Leipzig, Boniatowkskystraße 1 b.

**Genossen! Kauft nur den Bleistift**

von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.



**Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.**

**Titus Axen, Altona.**

Preislisten gratis und franko.

**Ein billiges Vergnügen!** Götter und Götter, herbeie die geistliche neuentdeckte, Götter Götter... (Detailed text about a book or publication)

**Feinstes Pflaumenmus**

aus erster Hand. Äpfel 30-60 Pfd. Inhalt, per Ztr. M. 14,-

**Paul Horn, Hamburg**  
Pappel-Allee 26-36 Ellbeck Pappel-Allee 26-36  
**Fabrik chemischer Produkte.**  
Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.  
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.  
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.  
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.  
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.  
Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.  
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpuliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unter Garantie d. Oelausschlagen.  
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.  
Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.  
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.  
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.  
Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.  
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.  
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.  
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.  
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.  
**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

**Die Pfeife „Central“**



übertrifft alles bisher dagewesene. Solide Arbeit. Bestes Material. Weite Bohrung. Abnehmbarer Hornabsatz mit Nicotinröhrchen. Weichselrohr-Speichelröhrchen. Trockenraucher-Gesundheitspfeife. I. Rang No. 25. Echtes Bruyere-Pfeifenmitgeschnittenes Jagdkopf Mk. 3.10 franco. Hauspr. Nachnahme. Katalog über alle Arten Solinger Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge, Gold- u. Lederwaren, Pfeifen etc. gratis u. franco. Saam & Co., Foche 207 Solingen.

**Aufklärende Schriften!**

zur Anschaffung sehr empfohlen: Nieuwenhuis, Die Bibel, ihre Entstehung und Geschichte, 96 Seiten broch. 40 A. Nieuwenhuis, Der Gottesbegriff, seine Geschichte und Bedeutung. 80 S. broch. 40 A. Stütgenau, Jesuitenfrage, 84 S. 20 A. Stomke's Städtebuch, Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- und Wegekarte, geb. M. 1.20, Porto 20 A. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von G. Stomke's Verlag, Bielefeld.

**Der Modelltschler.**

Praktische Anleitung zur Anfertigung von Modellen und Schablonen. Preis M. 4.50.

Zu beziehen durch Die Expedition der „Holzarb.-Ztg.“

**Praktisches Unterrichtsbuch**

für Tischler, Bildhauer, Drechsler etc.

von Ernst Lössle, städtischer Lehrer u. Lehrer a. d. Bundesfachschule zu Magdeburg.

Zweite, bedeut. erweiterte u. verbesserte Auflage. Inhalt: Abth. 1. Die richtige Schreib- und Sprechweise. Abth. 2. Geschäftsbriefe u. Geschäftsaufträge. Abth. 3. Das Fachzeichnen. Abth. 4. Die wichtigsten Hölzer. Abth. 5. Werkzeugkunde des Tischlers, Bildhauers, Drechslers etc. Abth. 6. Das Kostenberechnen. Abth. 7. Die Buchführung. Abth. 8. Beschlehtlehre. Abth. 9. Gesetzekunde. Anhang: Aus dem Einkommensteuergesetz.

Preis M. 3, eleg. gebunden M. 3.50.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.